

Niederschrift über die 68. Sitzung des Stadtrates

Sitzungsdatum:	Montag, 27.01.2020
Beginn der Sitzung:	16:30 Uhr
Ende der Sitzung:	19:23 Uhr
Sitzungsort:	großer Rathaussaal

Anwesend:

OBERBÜRGERMEISTER

Fichtner, Harald, Dr.

BÜRGERMEISTER

Siller, Eberhard
Strößner, Florian

STADTRÄTE

Adelt, Jürgen, Dr.	
Böhm, Karola	
Bruns, Gudrun	
Dietel, Hans-Jürgen	bis lfd. Nr. 1208
Döhla, Eva	
Dumann, Joachim	
Etzel, Thomas	
Fleischer, Wolfgang	
Fuchs, Heike	
Hering, Andrea	bis lfd. Nr. 1207
Herpich, Christian	
Hübschmann, Michael	
Kaiser, Alexander	
Kellner, Rainer	
Kilincsoy, Aytunc	
Knieling, Jürgen	
Krassa, Michael	
Lentzen, Matthias	
Lockenvitz, Felix	ab lfd. Nr. 1208
Mergner, Matthias	
Meringer, Reinhard	
Rambacher, Albert	
Scherdel, Bernd	
Schoerner, Christine	
Schrader, Ingrid	bis lfd. Nr. 1207
Schrader, Klaus, Dr.	
Schwärzel, Heidemarie	
Singer, Matthias	
Ulshöfer, Jochen	
von Rücker, Jörg	
Wietzel, Dieter	
Wittig, Andrea	
Wunderlich, Hülya	
Zeh, Dominik	
Zschätzsch, Bettina	
Zwurtschek, Esther	

Ortssprecher

Bogler, Hilmar

UNTERNEHMENSBEREICHSLIMITER

Fischer, Peter

Pischel, Franz

zu lfd. Nr. 1208

zu lfd. Nrn. 1209 und 1214

Abwesende und entschuldigte Personen:**STADTRÄTE**

Bier, Angela

Dietrich, Maximilian, Dr.

Schriftführer/in:

Jürgen Stader

1198 Änderung der Tagesordnung

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt der Vorsitzende bekannt, dass der Tagesordnungspunkt 8 „*Beantwortung des SPD-Antrages vom 31.10.2019: Neuen Kurs für HofGalerie einschlagen*“ vom nicht-öffentlichen in den **öffentlichen** Teil der Sitzung verlegt wird. Damit ist auch der heute eingegangene Antrag von Frau Stadträtin Schoerner erledigt.

1199 Eröffnung

Oberbürgermeister Dr. Fichtner eröffnet die 69. Vollsitzung des Stadtrates und stellt fest, dass sämtliche Mitglieder des Stadtrates unter Zusendung der Tagesordnung zur heutigen Sitzung rechtzeitig eingeladen wurden.

Die Entschuldigungen von

Frau Stadträtin **Bier** aus privaten Gründen

sowie

Herrn Stadtrat **Dr. Dietrich** und
Herrn Stadtrat **Lockenvitz** aus beruflichen Gründen

werden anerkannt.

Das Haus ist beschlussfähig.

Das Protokoll über die 67. Vollsitzung des Stadtrates vom 12. Dezember 2019 wird zur Einsichtnahme aufgelegt.

Das Protokoll über die 66. Vollsitzung des Stadtrates vom 25. November 2019 wurde nicht beanstandet und gilt daher nach der Geschäftsordnung als genehmigt.

Herr Stadtrat **Etzel** hat heute Geburtstag. Hierzu gratuliere ich ihm persönlich und im Namen des Stadtrates und der Stadtverwaltung recht herzlich.

Öffentliche Sitzung

Anwesend:	
Vorsitzender:	Oberbürgermeister Dr. Fichtner zugleich Vortragender
Bürgermeister:	Siller
Bürgermeister:	Strößner
35 Stadtratsmitglieder	

1200 Antrag Nr. 212 der SPD-Stadtratsfraktion: Besser verweilen mit und ohne Inseln

Antragsbekanntgabe:

Der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 07.01.2020 war bisher nicht in der örtlichen Tagespresse veröffentlicht; auf eine Verlesung in der heutigen Stadtratssitzung kann trotzdem verzichtet werden, da er allen Stadtratsmitgliedern digital zur Einsichtnahme zur Verfügung gestellt wurde.

Nachdem der Antrag in der heutigen Stadtratssitzung nicht sofort erledigt werden konnte, ist er binnen zwei Monaten ab der heutigen Bekanntgabe in dem zuständigen Ausschuss zu behandeln (§ 26 Abs. 1 letzter Satz der Geschäftsordnung).

Der Antrag wird dem Fachbereich Wirtschaftsförderung, Stadtmarketing, Tourismus zur weiteren Bearbeitung zugeleitet.

* * *

bekannt gegeben

Anwesend:	
Vorsitzender:	Oberbürgermeister Dr. Fichtner zugleich Vortragender
Bürgermeister:	Siller
Bürgermeister:	Strößner
35 Stadtratsmitglieder	

**1201 Antrag Nr. 213 der SPD-Stadtratsfraktion:
Erhalt regionaler Baukultur**

Antragsbekanntgabe:

Der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 16.01.2020 war bereits in der örtlichen Tagespresse veröffentlicht; auf eine Verlesung in der heutigen Stadtratssitzung kann deshalb verzichtet werden.

Nachdem der Antrag in der heutigen Stadtratssitzung nicht sofort erledigt werden konnte, ist er binnen zwei Monaten ab der heutigen Bekanntgabe in dem zuständigen Ausschuss zu behandeln (§ 26 Abs. 1 letzter Satz der Geschäftsordnung).

Der Antrag wird dem Fachbereich Umwelt, Baurecht und Bauordnung zur weiteren Bearbeitung unter Beachtung der 2-Monats-Frist zugeleitet.

* * *

bekannt gegeben

Anwesend:	
Vorsitzender:	Oberbürgermeister Dr. Fichtner zugleich Vortragender
Bürgermeister:	Siller
Bürgermeister:	Strößner
35 Stadtratsmitglieder	

**1202 Antrag Nr. 214 der SPD-Stadtratsfraktion:
Bestellung eines/r Stadtheimatspflegers/in**

Antragsbekanntgabe:

Der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 16.01.2020 war bereits in der örtlichen Tagespresse veröffentlicht; auf eine Verlesung in der heutigen Stadtratssitzung kann deshalb verzichtet werden.

Nachdem der Antrag in der heutigen Stadtratssitzung nicht sofort erledigt werden konnte, ist er binnen zwei Monaten ab der heutigen Bekanntgabe in dem zuständigen Ausschuss zu behandeln (§ 26 Abs. 1 letzter Satz der Geschäftsordnung).

Der Antrag wird dem Fachbereich Zentrale Steuerung, Personal und Organisation zur weiteren Bearbeitung unter Beachtung der 2-Monats-Frist zugeleitet.

* * *

bekannt gegeben

Anwesend:	
Vorsitzender:	Oberbürgermeister Dr. Fichtner zugleich Vortragender
Bürgermeister:	Siller
Bürgermeister:	Strößner
35 Stadtratsmitglieder	

**1203 Antrag Nr. 215 der SPD-Stadtratsfraktion:
Lückenschluss bei den Sanierungsgebieten**

Antragsbekanntgabe:

Der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 16.01.2020 war bereits in der örtlichen Tagespresse veröffentlicht; auf eine Verlesung in der heutigen Stadtratssitzung kann deshalb verzichtet werden.

Nachdem der Antrag in der heutigen Stadtratssitzung nicht sofort erledigt werden konnte, ist er binnen zwei Monaten ab der heutigen Bekanntgabe in dem zuständigen Ausschuss zu behandeln (§ 26 Abs. 1 letzter Satz der Geschäftsordnung).

Der Antrag wird dem Fachbereich Stadtplanung zur weiteren Bearbeitung unter Beachtung der 2-Monats-Frist zugeleitet.

* * *

bekannt gegeben

Anwesend:	
Vorsitzender:	Oberbürgermeister Dr. Fichtner zugleich Vortragender
Bürgermeister:	Siller
Bürgermeister:	Strößner
35 Stadtratsmitglieder	

1204 Antrag Nr. 216 der SPD-Stadtratsfraktion: Kommunales Förderprogramm

Antragsbekanntgabe:

Der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 16.01.2020 war bereits in der örtlichen Tagespresse veröffentlicht; auf eine Verlesung in der heutigen Stadtratssitzung kann deshalb verzichtet werden.

Nachdem der Antrag in der heutigen Stadtratssitzung nicht sofort erledigt werden konnte, ist er binnen zwei Monaten ab der heutigen Bekanntgabe in dem zuständigen Ausschuss zu behandeln (§ 26 Abs. 1 letzter Satz der Geschäftsordnung).

Der Antrag wird dem Fachbereich Stadtplanung zur weiteren Bearbeitung unter Beachtung der 2-Monats-Frist zugeleitet.

* * *

bekannt gegeben

Anwesend:	
Vorsitzender:	Oberbürgermeister Dr. Fichtner zugleich Vortragender
Bürgermeister:	Siller
Bürgermeister:	Strößner
35 Stadtratsmitglieder	

**1205 Antrag Nr. 217 der SPD-Stadtratsfraktion:
Neues Leben auf historischem Brauereigrund**

Antragsbekanntgabe:

Der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 16.01.2020 war bereits in der örtlichen Tagespresse veröffentlicht; auf eine Verlesung in der heutigen Stadtratssitzung kann deshalb verzichtet werden.

Nachdem der Antrag in der heutigen Stadtratssitzung nicht sofort erledigt werden konnte, ist er binnen zwei Monaten ab der heutigen Bekanntgabe in dem zuständigen Ausschuss zu behandeln (§ 26 Abs. 1 letzter Satz der Geschäftsordnung).

Der Antrag wird dem Fachbereich Stadtplanung zur weiteren Bearbeitung unter Beachtung der 2-Monats-Frist zugeleitet.

* * *

bekannt gegeben

Anwesend:	
Vorsitzender:	Oberbürgermeister Dr. Fichtner zugleich Vortragender
Bürgermeister:	Siller
Bürgermeister:	Strößner
35 Stadtratsmitglieder	

**1205 a Antrag Nr. 218 der FAB-Stadtratsfraktion:
PV-Förderung auf Hofer Dächern**

Antragsbekanntgabe:

Der Antrag der FAB-Stadtratsfraktion vom 23.01.2020 war bereits in der örtlichen Tagespresse veröffentlicht; auf eine Verlesung in der heutigen Stadtratssitzung kann deshalb verzichtet werden.

Nachdem der Antrag in der heutigen Stadtratssitzung nicht sofort erledigt werden konnte, ist er binnen zwei Monaten ab der heutigen Bekanntgabe in dem zuständigen Ausschuss zu behandeln (§ 26 Abs. 1 letzter Satz der Geschäftsordnung).

Der Antrag wird dem Fachbereich Wirtschaftsförderung, Stadtmarketing, Tourismus zur weiteren Bearbeitung unter Beachtung der 2-Monats-Frist zugeleitet.

* * *

Anfrage gestellt

Anwesend:	
Vorsitzender:	Oberbürgermeister Dr. Fichtner zugleich Vortragender
Bürgermeister:	Siller
Bürgermeister:	Strößner
35 Stadtratsmitglieder	

1206 Personalwirtschaftlicher Gesamtstellenplan 2020

Vortrag:

Der personelle Aufwand zur Erledigung der einer Gemeinde obliegenden Aufgaben ist im Stellenplan nachgewiesen. Als haushaltsrechtlicher Stellenplan nach § 6 Abs. 1 der Verordnung über das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen der Gemeinden, der Landkreise und der Bezirke nach den Grundsätzen der Kameralistik (KommHV-K) bildet er die Grundlage für das jeweilige Haushaltsjahr und weist die erforderlichen Stellen der Beamten und der nicht nur vorübergehend beschäftigten Arbeitnehmer (= Beschäftigte i.S.d. TVöD) aus. Er bildet damit als Teil der Haushaltswirtschaft den Finanzrahmen für die Personalwirtschaft. Im personalwirtschaftlichen Stellenplan erfolgt eine Personalplanung für einen mehrjährigen überschaubaren Zeitraum.

Während für die Änderung des haushaltsrechtlichen Stellenplanes eine Beschlussfassung des Stadtrates und die Aufnahme in die Haushaltssatzung erforderlich sind, genügt für eine Änderung des personalwirtschaftlichen Stellenplanes die Beschlussfassung des Stadtrates.

Die Stellenplanvorlage 2020 wurde unter Beachtung der allgemeinen Haushaltsgrundsätze des Art. 61 der Gemeindeordnung (GO), insbesondere des Grundsatzes der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit, erstellt und beschränkt sich auf die unabwiesbar erforderlichen Personalmaßnahmen.

Die geplanten Änderungen des personalwirtschaftlichen Gesamtstellenplans bestehend aus den Stellenplänen der Stadt Hof (Anlage A) und des Jobcenters Hof-Stadt (Anlage B) wurden in der Sitzung des Personalausschusses am 21.01.2020 vorberaten und einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen. Der Personalwirtschaftliche Stellenplan 2020 der Hospitalstiftung Hof wurde in Sitzung des Stadtrates am 25.11.2019 bereits beschlossen.

Beschlussvorschlag:

1. Der Gesamtstellenplan 2020, bestehend aus dem geltenden Stellenplan 2019, ergänzt um die in den Anlage A und B aufgeführten Stellenplanänderungen, wird genehmigt.
2. Die Anlagen A und B sowie die dazugehörige Vorbemerkung zur Stellenplanvorlage 2020 bilden einen Bestandteil dieses Beschlusses.

Aussprache:

Frau Stadträtin **Z s c h ä t z s c h** nimmt für die CSU-Fraktion Stellung zum personalwirtschaftlichen Gesamtstellenplan und erklärt, dass die CSU-Fraktion der Vorlage zustimmen werde.

Herr Stadtrat **K i l i n c s o y** spricht die vielen verschiedenen Stellenmehrungen und -änderungen an. Insbesondere die Stellenmehrung im Bereich Bauhof, die auf einen Antrag der SPD-Fraktion zurückgehen würde und auch die Ausbildungsstelle für ein duales Studium im Bereich Hoch- und Tiefbau. Gerade hier sei es sinnvoll junge Leute mittelfristig als Ingenieur zu generieren. Aufgrund der weiterhin guten Lage im Baubereich bestünde bedauerlicherweise weiterhin eine große Schwierigkeit, die freien Stellen in der Bauverwaltung neu zu besetzen. Wichtig sei auch die schnelle Umsetzung von Konzepten, um die Raumnot bei der Stadtverwaltung abzuschaffen. Hierzu würde auch eine schnelle Entscheidung über die Machbarkeitsstudie des Gebäudes in der Goethestraße 1 gehören, um eine bessere Arbeitsatmosphäre und auch bessere Arbeitsbedingungen schaffen zu können. Die SPD-Fraktion werde dem Stellenplan zustimmen.

Für die FAB-Fraktion erklärt Herr Stadtrat S c h e r d e l die Zustimmung zur Vorlage und hofft, dass auch alle im Stellenplan vorgesehenen Stellen mit dem entsprechenden Personal besetzt werden können.

Beschluss:

Nach Vorberatung im Personalausschuss stimmt der Stadtrat einstimmig dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zu.

Die Anlagen A und B sowie die Vorbemerkung zur Stellenplanvorlage bilden Bestandteile dieses Beschlusses.

* * *

einstimmig beschlossen

Ja 38 Nein 0

Anwesend:	
Vorsitzender:	Oberbürgermeister Dr. Fichtner zugleich Vortragender
Bürgermeister:	Siller
Bürgermeister:	Strößner
35 Stadtratsmitglieder	

1207 Freiheitshalle Hof; Neufassung des Mietpreistarifes

Vortrag:

Die Stadt Hof betreibt die Freiheitshalle Hof als öffentliche Einrichtung, die dem wirtschaftlichen, sportlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Leben der Stadt Hof dient.

Die Mietpreise der Freiheitshalle tragen diesem politischen Ziel Rechnung. So sind die Basismieten im Bereich der gemeinnützigen, lokalen Veranstaltungen an deren Leistungsfähigkeit, die Basismieten für sonstige Veranstaltungen an der Kapazität der Halle sowie den Standortvoraussetzungen im Verhältnis zu anderen Veranstaltungsstandorten orientiert. Nebenleistungen werden weitgehend kostendeckend weitergegeben. Anpassungen müssen markadäquat erfolgen, um Auslastungszahlen und Marktposition beizubehalten bzw. nicht zu gefährden.

Die Basismieten der Freiheitshalle wurden seit Eröffnung 2012 (Beschlusslage 2011) nicht erhöht.

In Abhängigkeit vom gesamtstädtischen Kernhaushalt muss jedoch auf eine Reduzierung des städtischen Betriebskostenzuschusses (als freiwillige Leistung) hingewirkt werden. Für den Regiebetrieb Freiheitshalle wurde dies in der 57. Sitzung des Stadtrates vom 25.2.2019 (Nr. 956, „Ergänzung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes“) in der Form beschlossen, dass zur Reduzierung des Zuschusses aus dem kamerateil Kernhaushalt eine Erhöhung der Mietpreise erfolgen soll. Der Ertrag aus den Mieterlösen soll um 10 % steigen.

Die kurz- und mittelfristigen Auswirkungen der Erhöhung auf die Marktattraktivität der Freiheitshalle bzw. auf Belegungsqualität und –quantität können hierbei noch nicht vollumfänglich abgesehen werden. Der gewünschte Effekt kann nur erzielt werden, wenn die Belegungszahlen auf nahezu gleichbleibend hohen Niveau gehalten werden können.

Für diese 10 %-ige Steigerung wurde eine neue Tarifliste erarbeitet, die in der 26. Sitzung des Kulturbeirates am 11.12.2019 besprochen und zur Beschlussfassung empfohlen wurde. Sie soll ab sofort für alle neu zu erstellenden Angebote und Mietverträge angewendet werden.

Beschlussvorschlag:

Die Mitglieder Stadtrates beschließen die Mietpreistarife gemäß vorliegender Liste.

Aussprache:

Herr Stadtrat H e r p i c h erinnert daran, dass im Rahmen der Haushaltskonsolidierung im Februar 2019 für den Regiebetrieb Freiheitshalle eine Mietpreiserhöhung beschlossen worden sei, daher sei der heutige Beschlussvorschlag die logische Konsequenz daraus und auch die erste Erhöhung der Grundmiete seit dem Jahr 2012. Die Nebenkosten würden weitgehend kostendeckend abgerechnet. Die Umsatzerlöse der Freiheitshalle hätten sich erfreulicherweise in den letzten Jahren gesteigert. Die CSU-Fraktion gehe davon aus, dass sich die Mietpreiserhöhung nicht nachteilig auf die guten Belegungszahlen auswirken werde. Außer den Kosten sei es für die Veranstalter wichtig, dass alles gut funktionieren würde und man einen reibungslosen Ablauf hätte. Die CSU-Fraktion werde der Mietpreiserhöhung geschlossen zustimmen.

Herr Stadtrat D r . A d e l t schließt sich den Worten seines Vorredners an. Er stellt fest, dass für Vereine und Benefizveranstaltungen Sondertarife gelten würden und diese sich somit keine Sorgen ma-

chen müssten. Die Verwaltung benötige einen gewissen Freiraum, um auf der einen Seite die Belegung zu halten und auf der anderen Seite die höheren Einnahmen zu generieren, damit nicht in jedem Einzelfall der Stadtrat erst entscheiden müsse.

Herr Stadtrat **M e r i n g e r** weist darauf hin, dass die Besucher auf den obersten Sitzplätzen der ausziehbaren Tribüne teilweise Schwierigkeiten hätten, dort wieder nach unten zu gehen. Er sei der Meinung, dass im obersten Bereich ein Handlauf angebracht werden müsste. Es würden auch viele Besucher fragen, ob es nicht möglich sei, innerhalb des Gebäudes fußläufig und bei schlechtem Wetter auch trocken in das Restaurant und die Bar zu kommen. Dies sei früher möglich gewesen und er sei der Meinung, dass man hier mit den Veranstaltern eine vertragliche Regelung finden könne. Durch eine gute Parkraumbewirtschaftung könnte man es auch spät ankommenden Besuchern ermöglichen, einen kurzen Weg zur Halle zu haben. Die gastronomische Versorgung in den Pausen könnte noch optimiert werden, in dem man mehr Getränke vorschenken würde.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses stimmen die Mitglieder des Stadtrates einstimmig dem vorstehenden Beschlussvorschlag zu.

Frau Stadträtin **D ö h l a** befand sich während der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.

Die Tarifliste bildet einen Bestandteil dieses Beschlusses.

*** * ***

einstimmig beschlossen
Ja 37 Nein 0

Anwesend:	
Vorsitzender:	Oberbürgermeister Dr. Fichtner
Bürgermeister:	Siller
Bürgermeister:	Strößner
Vortragender:	Oberverwaltungsrat Fischer
34 Stadtratsmitglieder	

1208 Festsetzung der Haushaltssatzung, des Haushaltsplanes der Stadt Hof sowie der Wirtschaftspläne für die Bereiche Bauhof, Freiheitshalle und Krematorium sowie Festsetzung des Finanzplanes

Vortrag:

Die Stadt Hof konnte im Jahr 2016 erstmals seit dem Jahr 2009 wieder einen Haushalt aufstellen, der seitens der Regierung von Oberfranken unter Auflagen genehmigt wurde.

Durch die Steigerung der Schlüsselzuweisungen für die Stadt Hof ab dem Jahr 2016, die sich 2020 aufgrund der guten wirtschaftlichen Situation nochmals auf den Rekordwert von 32,2 Mio. € erhöhten, kann die Mindestzuführung vom Verwaltungs- zum Vermögenshaushalt auch im Jahr 2020 trotz steigender Personal- und Sozialausgaben erreicht werden.

Bei den Einnahmen aus der Gewerbesteuer werden 2020 21,0 Mio. € erwartet (der Haushaltsansatz 2019 lag bei 20,80 Mio. €, tatsächlich waren es 2019 ca. 20,32 Mio. €). Die Einnahmen der Stadt Hof aus dem Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer (zusammen mit den Einnahmen aus dem Familienleistungsausgleich) werden im Jahr 2020 gegenüber dem Haushaltsansatz 2019 um ca. 0,2 Mio. € auf 22,5 Mio. € steigen.

Insgesamt bedeutet dies, dass die in § 22 Abs. 1 Satz 2 KommHV-K vorgesehene Mindestzuführung vom Verwaltungs- zum Vermögenshaushalt, die 2020 4.769.110 € beträgt, um 0,82 Mio. € überschritten wird.

Beim Bauunterhalt im Hochbau und bei den Straßen und Kanälen sind im Haushaltsplan 2020 Mittel im Umfang von 6,34 Mio. € enthalten, was gegenüber den Jahren 2019 mit 5,21 Mio. € (Ansatz) bzw. 2018 mit 4,04 Mio. € (Rechnungsergebnis) eine Steigerung bedeutet. Diese Steigerung ist jedoch sinnvoll, um die Substanz der Gebäude und Straßen der Stadt Hof zu erhalten. Zusätzlich sind in der allgemeinen Deckungsreserve 0,275 Mio. € für weitere Unterhaltsausgaben, die noch nicht einzelnen Unterabschnitten zugeordnet sind, enthalten.

Aufgrund der kaufmännischen Buchführung in den Betrieben müssen in der Haushaltssatzung 2020 neben den Regelungen zum kameralen Kernhaushalt Regelungen zu den Wirtschaftsplänen im Bereich des Bauhofes, der Freiheitshalle und des Krematoriums getroffen werden.

Mit den Haushaltsplanberatungen wurde am 04.11.2019 begonnen, zunächst im Bereich des Verwaltungshaushaltes. Die Haushaltsplanberatungen wurden dann in den Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses am 18.11.2019, am 09.12.2019, am 13.01.2020 und am 20.01.2020 fortgeführt.

Zu den wesentlichen Zahlen des kameralen Haushalts 2020 ist zusätzlich zu bemerken:

Der **Gesamthaushalt 2020** ist mit 228.102.250 € in Einnahmen und Ausgaben formal ausgeglichen. Das Gesamtvolumen des städtischen Haushalts vermindert sich gegenüber dem Ansatz 2019 um 3,37 %, wobei sich der Verwaltungshaushalt um 2,17 % erhöht und der Vermögenshaushalt um 15,76 % vermindert.

Der **Verwaltungshaushalt** weist ein Volumen von 166.604.320 € aus. In dieser Bruttobetachtung sind die „Inneren Verrechnungen“ mit rd. 7,72 Mio. € sowie die „kalkulatorischen Kosten“ mit rd. 5,285 Mio. € enthalten. Der Ausgleich des Verwaltungshaushalts kann durch eine Zuführung vom Verwaltungs- zum Vermögenshaushalt in Höhe von 5.591.130 € erreicht werden. Die Mindestzuführung laut § 22 KommHV-K vom Verwaltungs- zum Vermögenshaushalt zur Finanzierung der ordentlichen Tilgung der Kredite der Stadt Hof beträgt dabei im Jahr 2020 4.769.110 €.

Die Personalkosten wurden im Kernhaushalt mit 31.220.000 € angesetzt. In den Regiebetrieben Freiheitshalle und Bauhof wurden zusätzlich 9.795.960 € geplant, so dass sich Gesamtpersonalausgaben von 41.015.960 € ergeben. Im Haushaltsjahr 2019 waren hierfür 39.752.340 € veranschlagt. Das Rechnungsergebnis 2019 liegt noch nicht vor.

Der **Vermögenshaushalt** des Jahres 2020 hat ein Gesamtvolumen von 61.497.930 €. Verpflichtungsmächtigungen sind im Vermögenshaushalt 2020 im Umfang von 27.117.270 € enthalten.

Das Gesamtvolumen des Vermögenshaushalts ist im Vergleich zu den Rechnungsergebnissen der Jahre vor 2016 (Jahre ohne Haushaltsgenehmigung) noch relativ hoch. Zahlreiche Baumaßnahmen wurden in den Jahren 2014, 2015 und 2016 mit der Regierung von Oberfranken abgesprochen, so dass diese im Jahr 2020 selbst unter den strengen Voraussetzungen des Art. 69 GO fortgeführt werden müssen. Hierzu gehören insbesondere folgende Baumaßnahmen:

- Erweiterung Rathaus
- Sanierung der Staatl. Berufsschule
- Sanierung der Staatl. Fachoberschule
- Sanierung Technische Anlagen im Theater
- vorbereitende Maßnahmen Ortsumgehung Leimitz- Haidt
- vorbereitende Maßnahmen Straßen- und Brückenneubau Verbindung Alsenberg – Wartturmweg

Die damit bereits unter den Vorgaben des Art. 69 GO geprüften Maßnahmen bedeuten Gesamtausgaben von 19,32 Mio. €.

Darüber hinaus wurden im Rahmen der Vorberatungen des Haushalts (neben der ordentlichen Tilgung von Krediten im Umfang von 4,898 Mio. €) Maßnahmen im Umfang von 35,63 Mio. € für unbedingt erforderlich eingestuft. Hierzu gehören unter anderem Schulbaumaßnahmen, Zuschüsse zur Errichtung und Sanierung von Kindertagesstätten, die Außenanlagen am alten Eisteichgelände, der Restausbau der Straße „An der Moschenmühle“, der Neubau der Raubachbrücke in Krötenbruck (Eppenreuther Straße), die Erschließung des neuen Baugebietes am Rosenbühl und zahlreiche Städtebauförderungs-, Straßenbeleuchtungs- und Kanalbaumaßnahmen.

Für die kostenrechnenden Einrichtungen, die nach Art. 8 KAG aus Beiträgen und Gebühren finanziert werden, sind insgesamt Ausgaben in Höhe von rd. 4,93 Mio. € vorgesehen, die mit Kreditaufnahmen in Höhe von 4,745 Mio. € finanziert werden. Für den Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens sind 2,898 Mio. € vorgesehen.

Finanziert wird der Vermögenshaushalt mit einem Volumen von 61.497.930 € durch folgende Einnahmen:

	Rd. Mio. €	= %
a) Zuführung vom Verwaltungshaushalt	5,5911	9,09
b) Entnahme aus Rücklagen (Sonderrücklage Gebühr)	1,651	2,68
c) Rückflüsse von Darlehen und Beteiligungen	0,150	0,24
d) Einnahmen aus dem Verkauf von bebauten und unbebauten Grundstücken sowie Anlagevermögen	5,086	8,27
e) Investitionsbeihilfe aus Stabilisierungshilfe 2019	2,200	3,58

f)	Erschließungsbeiträge, Kanalbaukostenbeiträge, Ablösungsbeträge für Kfz-Stellplätze	2,348	3,82
g)	Zuweisungen vom Bund und Land	34,077	55,41
h)	Zuschüsse und Spenden	1,874	3,05
i)	Aufnahme von langfristigen Kreditmarktdarlehen	8,522	13,86
Summe:		<u>61,498</u>	<u>100,00</u>

Die **Kreditaufnahmen** sind mit 8.521.700 € veranschlagt. Darin sind enthalten:

- Kreditaufnahmen für bereits begonnene Maßnahmen (siehe oben aufgeführte Baumaßnahmen, die nach Art. 69 GO zulässig wären) in Höhe von 2,972 Mio. €,
- Kreditaufnahmen für kostenrechnende Einrichtungen bzw. Investitionen in Höhe von rd. 4,75 Mio. €,
- Kreditaufnahmen für sonstige Investitionen in Höhe von rd. 0,799 Mio. €. In dieser Summe sind auch Kreditaufnahmen für Maßnahmen enthalten, für die die Regierung von Oberfranken bereits Verpflichtungsermächtigungen genehmigt hat.

Der voraussichtliche **Stand der Schulden** (im Kernhaushalt der Stadt Hof) wird gegenüber dem Anfangsbestand zum 01.01.2020 von ca. 92,90 Mio. € (noch kein Endergebnis vorliegend) um 3,62 Mio. € auf 96,52 Mio. € zum 31.12.2020 steigen. Von dieser Erhöhung von 3,62 Mio. € entfallen 4,75 Mio. € auf Kredite für kostenrechnende Einrichtungen (davon wiederum 4,43 Mio. € für die Abwasserbeseitigung). Damit wird der Auflage im Bescheid über die Gewährung einer Stabilisierungshilfe für 2018 der Regierung von Oberfranken vom 26.11.2018 und im Bescheid vom 29.11.2019 Rechnung getragen, wonach ab dem Jahr 2020 außerhalb der kostenrechnenden Einrichtung Abwasserbeseitigung keine Nettoneuverschuldung im kamerale Kernhaushalt erfolgen darf. In dieser Prognose ist die erhoffte erneute Gewährung einer Stabilisierungshilfe durch den Freistaat Bayern im Jahr 2020 nicht berücksichtigt (2019 waren es immerhin 4,3 Mio. € zur außerordentlichen Kredittilgung).

Der erhebliche Betrag von 27,12 Mio. € an **Verpflichtungsermächtigungen** resultiert aus den Maßnahmen, die 2020 nicht in voller Höhe in den Vermögenshaushalt aufgenommen werden, da sie in den Jahren ab 2021 anfallen werden. Dabei muss berücksichtigt werden, dass von diesem Betrag bereits 23,92 Mio. € aus bereits genehmigten Verpflichtungsermächtigungen (teilweise auch mit einem geringeren Betrag) stammen, so dass nur 3,20 Mio. € neue Verpflichtungsermächtigungen einer Genehmigung bedürfen. Dies ist für 2021 und Folgejahre die Maßnahme Umgestaltung Oberes Tor mit 3,2 Mio. €.

Die **mittelfristige Finanzplanung** für die Jahre 2019 – 2023 lässt aufgrund des zu erwartenden höheren Niveaus der Schlüsselzuweisung den Schluss zu, dass die Mindestzuführung in den Jahren 2021 bis 2023 erreicht werden kann. Dazu darf aber ein weiterer Anstieg der Sozialausgaben nicht durch die Stadt Hof allein getragen werden. Der Finanzplan dokumentiert, dass das Verhältnis von Neukreditaufnahme für Investitionen außerhalb der kostenrechnenden Einrichtung Abwasserbeseitigung, die aus Beiträgen und Gebühren nach Art. 8 KAG finanziert werden, zur ordentlichen Schuldentilgung unter 100 % beträgt, wie es in der Auflage im Bescheid über die Gewährung einer Stabilisierungshilfe für 2018 der Regierung von Oberfranken vom 26.11.2018 und im Bescheid vom 29.11.2019 vorgegeben wird.

Die Gesamtverschuldung der Stadt Hof (inklusive der Verschuldung von Bauhof, Freiheitshalle und Krematorium) steigt zwar von 96,47 Mio. € Ende 2019 (noch kein Endergebnis) auf 102,02 Mio. € Ende 2020 sowie im Jahr 2021 auf 102,12 Mio. und in den Jahren 2022 und 2023 auf letztlich 108,57 Mio. € an. In dieser Summe sind aber 9,63 Mio. € an Krediten für kostenrechnende Einrichtungen nach Art. 8 KAG im kamerale Kernhaushalt (errechnet ab dem Jahr 2020) und 1,42 Mio. € an Krediten für kostenrechnende Einrichtungen nach Art. 8 KAG im Bauhof enthalten. Auch bei dieser Prognose sind mögliche Stabilisierungshilfen durch den Freistaat Bayern nicht berücksichtigt. Der Schuldendienst (Zins- und Tilgungsaufwand) im Kernhaushalt steigt in den Jahren 2020 bis 2023 mit 6,095 Mio. € im Jahr 2020 auf 6,830 im Jahr 2023 nur gering. Zudem sind dies lediglich 4,06 % des gesamten Verwaltungshaushaltes 2023.

In diese Finanzplanung wurden Konsolidierungsergebnisse aus dem am 25.06.2010 beschlossenen und am 28.07.2011, am 22.03.2013, am 23.05.2014, am 18.05.2015, am 25.04.2016, am 24.04.2017 und am 25.02.2019 fortgeschriebenen Haushaltskonsolidierungskonzept einbezogen.

Die **Festsetzung des Höchstbetrages der Kassenkredite** mit 20 Mio. € wird beibehalten (maximal 1/6 der Einnahmen des Verwaltungshaushalts).

Im Bereich der Wirtschaftspläne sind folgende Ergebnisse geplant:

1. Bauhof

Der Wirtschaftsplan des Bauhofs zeigt im Erfolgsplan einen geplanten Jahresfehlbetrag von 316.500 €. Die Aufwendungen durch Personal, Material, Zinsausgaben und Abschreibungen werden durch die Erträge aus den Leistungen für den kameralen Kernhaushalt sowie im geringen Umfang aus Leistungen für Dritte gedeckt. Der Jahresfehlbetrag wird durch die Jahresüberschüsse der Jahre 2013 bis 2018 gedeckt. Im Vermögensplan zeigt sich, dass zur Tilgung der vorhandenen Kredite und für die Beschaffung der erforderlichen Fahrzeuge, Maschinen, Geräte sowie Erstellung der erforderlichen Bauten die planmäßigen Abschreibungen zur Finanzierung nicht ausreichen und damit Kredite im Umfang von 2.393.550 € aufgenommen werden müssen. Darin sind Kreditaufnahmen im Umfang von 1.121.000 € für kostenrechnende Einrichtungen enthalten. Die daraus resultierenden Zinsaufwendungen und Tilgungsraten werden über künftige Erträge des Bauhofs wieder erwirtschaftet werden.

2. Krematorium

Der Wirtschaftsplan des Krematoriums zeigt im Erfolgsplan einen geplanten Jahresfehlbetrag von 55.180 €, der sich aus einer Steuerzahlung für Vorjahre ergibt. Im Vermögensplan zeigt sich, dass zur Tilgung der vorhandenen Kredite und für die Beschaffung von Anlagevermögen die planmäßigen Abschreibungen zur Finanzierung ausreichen, so dass Kredite nicht aufgenommen werden müssen.

3. Freiheitshalle und Volksfestplatz

Der Wirtschaftsplan der Freiheitshalle und Volksfestplatz zeigt im Erfolgsplan einen Verlust von 1.097.120 €.

Die Aufwendungen durch Personal, Material und Zinsausgaben werden durch die Erträge aus den Leistungen für Dritte gedeckt, wenn die Stadt Hof aus dem Kernhaushalt einen Betriebskostenzuschuss im Umfang von 1.579.190 € leistet. Dennoch verbleibt im Erfolgsplan ein voraussichtlicher Jahresfehlbetrag im Umfang von 1.097.120 €. Dieser Fehlbetrag entspricht der Höhe der Abschreibungen auf das Anlage- und Umlaufvermögen 2020. Damit zahlt die Stadt Hof wie bisher nur das laufende Defizit der Einrichtung. Im Vermögensplan zeigt sich, dass für die Beschaffung der erforderlichen Maschinen und Geräte, sowie für Maßnahmen des Anlagevermögens keine Kredite aufgenommen werden müssen.

In den Wirtschaftsplänen der Regiebetriebe Bauhof, Freiheitshalle und Krematorium sind **Prognosen hinsichtlich der Entwicklung der Jahresergebnisse für die Jahre 2021 bis 2023** enthalten.

Bei der Freiheitshalle ist ersichtlich, dass trotz steigender Aufwendungen durch Lohn- und Preissteigerungen der aktuelle Zuschussbedarf aus dem kameralen Kernhaushalt in den Jahren 2021 bis 2023 konstant gehalten werden kann. Wie geplant ergibt sich in den Jahren 2021 bis 2023 damit jeweils ein Jahresfehlbetrag in Höhe der jeweils nicht gedeckten Abschreibungen.

Beim Krematorium ist ersichtlich, dass die derzeitige Gebühr noch ausreichen wird, um die steigenden Aufwendungen durch Lohn- und Preissteigerungen in den kommenden Jahren 2021 bis 2023 auszugleichen.

Beim Bauhof zeigt die derzeitige Finanzplanung, dass im Gegensatz zu den bisherigen Ergebnissen der Vorjahre Defizite zu erwarten sind. Diese sind aber angesichts der in Jahren 2013 bis 2018 (und wohl auch 2019) erwirtschafteten Jahresüberschüsse nicht von erheblicher Bedeutung.

Bei den Regiebetrieben Bauhof, Freiheitshalle und Krematorium wird der Schuldenstand Ende 2023 nach diesen Prognosen bei 4,91 Mio. € liegen, die im Schuldenstand der Stadt Hof von 108,73 Mio. € zum Ende des Jahres 2023 enthalten sind.

Über die Haushaltssatzung und den Finanzplan ist entsprechend den Vorgaben der Bayer. Gemeindeordnung (siehe Art. 32 Abs. 2 Nrn. 4 und 5 GO) sowie der VV Nr. 2 zu § 24 KommHV-K getrennt zu beschließen.

Beschlussvorschlag:

Beschlussvorschlag zur Festsetzung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes der Stadt Hof für das Haushaltsjahr 2020:

In der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 20.01.2020 wurde das Beratungsergebnis vom 20.01.2020 dem Stadtrat einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen.

Nach Abschluss der Vorberatungen am 20.01.2020 hat sich nach Abstimmung mit der Regierung von Oberfranken ergeben, dass zur Einhaltung der Auflagen aus den Stabilisierungshilfebescheiden aus den Jahren 2018 und 2019 die Kreditaufnahmen im Jahr 2020 nochmals um 150.000 € reduziert werden müssen. Die Verwaltung empfiehlt, dies umzusetzen. Um dies zu gewährleisten, wurde die Deckungsreserve Sachausgaben um 150.000 € reduziert (Ansatz nunmehr 275.000 €) und die Zuführung zum Vermögenshaushalt um 150.000 € auf 5.591.130 € erhöht. Der Gesamtbetrag der Kreditaufnahmen reduziert sich damit um 150.000 € auf 8.521.700 €. Es wird darauf hingewiesen, dass die in dem Vortrag enthaltenen Zahlen nunmehr darauf bereits angepasst wurden.

Als Ergebnis der Vorberatungen sowie der Einarbeitung der Änderungen zur Erfüllung der Auflagen aus den Stabilisierungshilfebescheiden aus dem Jahren 2018 und 2019 wird daher der Stadtrat um folgende Beschlussfassung gebeten:

1. Der Haushaltsplan der Stadt Hof samt Anlagen sowie die Wirtschaftspläne des Bauhofs, der Freiheitshalle und Volksfestplatz und des Krematoriums werden nach den Entwürfen der Stadtkämmerei sowie aufgrund der Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses vom 04.11.2019, vom 18.11.2019, vom 09.12.2019, vom 13.01.2020, vom 20.01.2020 und den Änderungen auf Grund der Mitteilung der Regierung von Oberfranken beschlossen.
2. Aufgrund des Art. 63 ff. der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (BayRS 2020-1-1-I) erlässt die Stadt Hof folgende

„Haushaltssatzung

§ 1

- (1) Der als Anlage beigefügte Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2020 wird hiermit festgesetzt; er schließt

im Verwaltungshaushalt		
in den Einnahmen und Ausgaben mit		166.604.320 €
im Vermögenshaushalt		
in den Einnahmen und Ausgaben mit		61.497.930 €
ab.		

- (2) Der als Anlage beigefügte Wirtschaftsplan des Bauhofs für das Haushaltsjahr 2020 wird hiermit festgesetzt; er schließt

im Erfolgsplan		
in den Erträgen mit		13.408.940 €
in den Aufwendungen mit		13.725.440 €

und

im **Vermögensplan**

in den Einnahmen und Ausgaben mit 4.890.510 €

ab.

- (3) Der als Anlage beigefügte Wirtschaftsplan der Freiheitshalle und Volksfestplatz für das Haushaltsjahr 2020 wird hiermit festgesetzt; er schließt

im **Erfolgsplan**

in den Erträgen mit 2.848.550 €

in den Aufwendungen mit 3.945.670 €

und

im **Vermögensplan**

in den Einnahmen und Ausgaben mit 4.701.920 €

ab.

- (4) Der als Anlage beigefügte Wirtschaftsplan des Krematoriums für das Haushaltsjahr 2020 wird hiermit festgesetzt; er schließt

im **Erfolgsplan**

in den Erträgen mit 467.070 €

in den Aufwendungen mit 522.250 €

und

im **Vermögensplan**

in den Einnahmen und Ausgaben mit 123.910 €

ab.

§ 2

- (1) Der Gesamtbetrag der Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird auf 8.521.700 € festgesetzt.
- (2) Der Gesamtbetrag der Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen im Wirtschaftsplan des Bauhofs wird auf 2.393.550 € festgesetzt.
- (3) Im Wirtschaftsplan der Freiheitshalle und Volksfestplatz werden Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen nicht festgesetzt.
- (4) Im Wirtschaftsplan des Krematoriums werden Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen nicht festgesetzt.

§ 3

- (1) Im Vermögenshaushalt werden Verpflichtungsermächtigungen in der Höhe von 27.117.270 € festgesetzt.
- (2) Im Wirtschaftsplan des Bauhofs werden Verpflichtungsermächtigungen nicht festgesetzt.
- (3) Im Wirtschaftsplan der Freiheitshalle und Volksfestplatz werden Verpflichtungsermächtigungen nicht festgesetzt.

(4) Im Wirtschaftsplan des Krematoriums werden Verpflichtungsermächtigungen nicht festgesetzt.

§ 4

- (1) Der Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Haushaltsplan wird auf 20.000.000 € festgesetzt.
- (2) Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Wirtschaftsplan des Bauhofs werden daneben nicht beansprucht.
- (3) Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Wirtschaftsplan der Freiheitshalle und Volksfestplatz werden daneben nicht beansprucht.
- (4) Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Wirtschaftsplan des Krematoriums werden daneben nicht beansprucht.

§ 5

Die Hebesätze für die Grundsteuer und die Gewerbesteuer wurden in der Satzung über die Festsetzung der Hebesätze bei den Realsteuern (Hebesatz-Satzung) vom 7. Dezember 2016 wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer

- | | |
|---|----------|
| a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (A) | 330 v.H. |
| b) für die Grundstücke (B) | 410 v.H. |

2. Gewerbesteuer

400 v.H.

§ 6

Diese Haushaltssatzung tritt mit dem 1. Januar 2020 in Kraft.“

Beschlussvorschlag zum Finanzplan zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2020:

In der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 20.01.2020 wurde das Beratungsergebnis dem Stadtrat einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen.

Nach Abschluss der Vorberatungen am 20.01.2020 hat sich nach Abstimmung mit der Regierung von Oberfranken ergeben, dass zur Einhaltung der Auflagen aus den Stabilisierungshilfebescheiden aus den Jahren 2018 und 2019 die Kreditaufnahmen im Jahr 2020 nochmals um 150.000 € reduziert werden müssen. Die Verwaltung empfiehlt, dies umzusetzen. Um dies zu gewährleisten, wurde die Deckungsreserve Sachausgaben um 150.000 € reduziert (Ansatz nunmehr 275.000 €) und die Zuführung zum Vermögenshaushalt um 150.000 € auf 5.591.130 € erhöht. Der Gesamtbetrag der Kreditaufnahmen reduziert sich ebenfalls um 150.000 € auf 8.521.700 €. Es wird darauf hingewiesen, dass die in dem Vortrag enthaltenen Zahlen nunmehr darauf angepasst wurden.

Als Ergebnis der Vorberatung sowie der Einarbeitung der Änderungen zur Erfüllung der Auflagen aus den Stabilisierungshilfebescheiden aus dem Jahren 2018 und 2019 wird daher der Stadtrat um folgende Beschlussfassung gebeten:

Der nach Art. 70 GO und § 24 KommHV-K aufzustellende Finanzplan zum Haushaltsplan 2020 wird in der Fassung vom 13.01.2020 gemäß Art. 32 Abs. 2 Nr. 5 GO und den Änderungen auf Grund der Mitteilung der Regierung von Oberfranken beschlossen.

Aussprache:

Herr Stadtrat F l e i s c h e r hält folgende Rede zum Haushalt 2020:

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Herren Bürgermeister, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung, sehr verehrte Damen und Herren,

man nehme eine gute Vorbereitung des Kämmerers, vermische dies mit konstruktiver Arbeit, verfeinere das Ganze mit einem hohen Maß an Konsens und garniere es mit hohen Förderungen und Stabilisierungshilfen. Das ist das Rezept für ein solides Zahlenwerk, so wie wir es heute beschließen werden. So einfach dieses Rezept auch klingen mag, bedurfte es doch sehr viel Arbeit.

Der Haushalt wurde noch nie so früh wie in diesem Jahr verabschiedet. Oder besser: der Haushalt konnte noch nie so früh verabschiedet werden wie in diesem Jahr. Sicherlich fragen sich einige, weshalb das so ist. Aus meiner Sicht sind letztlich drei Punkte verantwortlich.

1. 2,2 Mio. Euro der Stabilisierungshilfen 2019 konnten in den Vermögenshaushalt als Investitionshilfen eingestellt werden.
2. Im Vermögenshaushalt wird im Unterabschnitt 88110 aufgrund von geplanten Grundstückverkäufen mit hohen Einnahmen gerechnet.
3. Eine hohe Zuführung aus dem Verwaltungshaushalt aufgrund der hohen Schlüsselzuweisung.

Aus diesen Gründen wurden die unzähligen Vorberatungen in den Fachbeiräten sowie die Priorisierungen in den Ausschüssen komplett eingespart. Die Beratungszeit für den Vermögenshaushalt wurde faktisch auf null reduziert.

Die Haushaltsberatungen begannen am 4. November 2019 mit einer Deckungslücke von 4,9 Mio. Euro. Die uns von der Kämmerei vorgelegte 23-seitige Vorlage mit möglichen Einsparungspotenzialen haben wir sinnvollerweise nicht überarbeitet, sondern wir wollten zunächst die Vergabe der Stabilisierungshilfen 2019 abwarten. Das dies der richtige Weg war, erfuhren wir dann in der dritten Beratungsrunde am 9. Dezember.

Mit Bekanntwerden der Stabilisierungshilfe für 2019 in Höhe von 6,5 Mio. Euro änderte sich die Situation nochmals immens. Erstmals wurde die Stabilisierungshilfe auf zwei Säulen gestellt. Die klassische Stabilisierungshilfe zum Schuldenabbau auf der einen Seite und eine Investitionshilfe auf der anderen Seite. Das waren eben die vorhin angesprochenen 2,2 Mio. Euro. Somit verbesserte sich die Situation erheblich. Die geplante Zuführung vom Verwaltungs- zum Vermögenshaushalt betrug jetzt 2,7 Mio. Euro. Die klaffende Lücke war noch 2,0 Mio. Euro groß.

Die Lösung dieser Herausforderung erschien einfach. Kürzung des Bauunterhalts von angesetzten 8,2 Mio. Euro auf 6,1 Mio. Euro und dies erschien nicht nur der CSU-Fraktion sinnvoll und somit ergab sich eine Mehrzuführung von knapp 57.000 Euro.

Die uns heute vorliegende Situation hat sich dann nach Bekanntwerden der Rekord-Schlüsselzuweisung in Höhe von 32,2 Mio. Euro weiter ins Positive verändert.

Lassen sie mich, mein sehr geehrten Damen und Herren, einige Jahre zurückblicken. In meiner allerersten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses im Jahr 2002 hatte ich als zweiter Vertreter die Ehre, dem Auftakt der Haushaltsberatungen beizuwohnen. Diese wurde damals aufgrund der finanziellen Situation vom Leiter der Kommunalaufsicht, einige Kollegen erinnern sich an Herrn Hümmer, begleitet. Er formulierte damals den folgenden Satz, der mich schockierte, dass ich ihn mir sogar aufschrieb: „Wenn einem die Schuhe zu klein werden, ist es an der Zeit sich die Nägel zu schneiden“.

Wir haben die Nägel geschnitten, wir pressten über viele Jahre hinweg die Zitrone aus, selbst dann, wenn nichts mehr drin war. Dennoch wurde parallel dazu investiert, wie in keiner anderen Stadt mit solch eng gestrickten Haushalten. Gerade in den sechs aufeinanderfolgenden haushaltslosen Jahren von 2010 bis 2015 haben wir es immer wieder geschafft, viel zu investieren, viel in Angriff zu nehmen. Der Begriff des „Hofer Modells“ wurde geboren und viele Investitionen konnten dank einer extrem hohen Förderung, die alles andere als selbstverständlich war, und auch noch ist, sowie hohem bürgerschaftlichen Engagement, umgesetzt werden. In meiner Haushaltsrede 2016 sprach ich von einer historischen Sitzung, denn erstmals seit sieben Jahren konnten wir damals wieder einen genehmigungsfähigen Haushalt verabschieden. Ich bin froh, dass ich mit meiner Aussage vor nunmehr vier Jahren Recht behalten habe. Konnten wir doch in den letzten vier Jahren viele Dinge, die trotz mutiger und zukunftsorientierter Investitionen aufgrund der schlechten Haushaltsituation einfach liegen geblieben sind, in Angriff nehmen.

Ich habe mir deshalb einzelne Bereiche intensiv angesehen und einem Vergleichszeitraum zugeordnet.

Dabei stellte ich fest, dass die Stadt Hof auf eine Erfolgsgeschichte zurückblicken kann, die ihresgleichen sucht. Lassen Sie mich dies mit einem Blick in den Vermögenshaushalt an verschiedenen Beispielen festmachen.

Kultur stellt, gesellschaftlich gesehen, einen wesentlichen Motor für Bildung, Integration und Teilhabe dar. Die Stadt Hof ist mit den Leuchttürmen Hofer Symphoniker, Theater Hof und den Hofer Filmtagen - die durch eine erstklassige Veranstaltungsstätte wie die Freiheitshalle ergänzt wird - Kulturhauptstadt nicht nur der Region, sondern weit darüber hinaus.

Das Theater, im Jahr 1994 eröffnet, muss saniert werden. Die Notwendigkeit einer Sanierung, vor allem im Bereich der Technik, wurde vom gesamten Stadtrat erkannt und alle notwendigen Beschlüsse wurden einstimmig gefasst. So stehen auch im uns vorliegenden Haushalt nicht nur 13,3 Mio. Euro für die Sanierung des Theaters im Vermögenshaushalt, sondern neben dem jährlichem Zuschuss an das Theater auch ein weiterer Zuschuss in Höhe von 800.000 Euro für die Interimsspielstätte im Verwaltungshaushalt. In dieser Interimsspielstätte, deren Aufbau im März 2020 beginnen soll, werden 400 Besucher Platz finden. Die erste Aufführung im dann sanierten Theater soll pünktlich zum Start der Spielzeit im September 2021 stattfinden.

Der Vollständigkeit halber führe ich beim Bereich Kultur noch unser Museum sowie die vielen weiteren kulturellen Veranstaltungen und Projekte freier Kulturinitiativen an. Als Beispiele dienen stellvertretend die Kulturszene in der alten Filzfabrik, awalla, „Hoftexplosion“, das Festival „Your stage“ und viele, viele mehr. Alle leisten einen wichtigen Beitrag zum kulturellen Leben in unserer Stadt.

Sehr geehrte Damen und Herren, gestatten Sie mir eine Frage: „Welche Stadt in der Größenordnung Hofs bietet ein solches kulturelles Angebot?“

Mit einem gehörigen Maß an Vielfalt kann der Sport in Hof aufwarten. In Hof können nahezu alle Sportarten betrieben werden. In insgesamt 53 Vereinen sind rund 12.000 Mitglieder organisiert. Gerade im Bereich Sport wurde in den letzten Jahren Bemerkenswertes geschaffen. Neben den vielen Turnhallen steht natürlich der Eisteich an erster Stelle. Die neue Eisfläche wurde dank einer knapp 4-Mio.-Förderung realisiert. Die Überdachung war allerdings nicht förderfähig und musste aus eigener Tasche finanziert werden. Die Gesamtkosten von rund 9 Mio. Euro konnten nur mit einer zusätzlichen Finanzierung gestemmt werden. Die CSU-Fraktion ist froh, dass dieses Mammutprojekt im Stadtrat mit großer Mehrheit umgesetzt wurde.

Der nächste Bauabschnitt wird nun angegangen, so dass das Freizeit- und Begegnungszentrum am Eisteich in 2022 komplett seiner Bestimmung übergeben werden kann. Wir begrüßen sehr, dass hierfür im Vermögenshaushalt 2020 und in der mittelfristigen Finanzplanung entsprechende Mittel eingestellt sind. Leider steht im Vermögenshaushalt unter der Gliederungsnummer 56040 eine 0. Dies bedauert die CSU-Fraktion sehr. Leider ist die Grüne Au, die hinter diesem Unterabschnitt steht, nicht in das erhoffte Förderprogramm gerutscht. Wir waren uns im Hauptausschuss einig, für die Anschaffung der Behelfscontainer Mittel aus der Deckungsreserve zu übertragen. Hierfür wurde dann im Jahr 2019 ein Haushaltsausgaberest gebildet, so dass zumindest die Finanzierung der Container gesichert ist. Die CSU-Fraktion ist sich aber im Klaren: mit dem Bau der Behelfscontainer darf es nicht getan sein. Wir werden intensiv an einer Sanierung der Umkleiden der Grünen Au arbeiten.

Als nächsten beispielhaften Bereich für die positive Entwicklung Hofs führe ich die Straßen an. Wer von Ihnen jetzt eine Aufzählung der gesamten Straßensanierungen und die im Rahmen der Straßenunterhaltungsmaßnahmen erneuerten Fahrbahnen erwartet, muss ich enttäuschen. Ich habe mir die Zahlen der letzten Jahre angesehen und ich verspreche Ihnen, meine sehr geehrte Damen und Herren, sie werden überrascht sein.

Im Jahr 2014, als wir fünf haushaltslose Jahre hinter uns und noch eins vor uns hatten, standen ganze 476.843,72 Euro für den Bereich Straßen im Vermögenshaushalt. Im Verwaltungshaushalt waren es knapp 5,6 Mio. Euro. In der Summe also gerade einmal rund 6 Mio. Euro.

Addiere ich allerdings die Zahlen von 2014 bis 2020, komme ich auf 42 Mio. Euro. Aber nur im Verwaltungshaushalt, hinzukommen nochmals knapp 35 Mio. aus dem Vermögenshaushalt. In der Summe also 77 Mio. Euro, die für unsere Straßen ausgegeben wurden, bzw. ausgegeben werden. Hiervon wurden in den ersten drei Jahren 24,7 Mio. und von 2017 bis 2019 34,6 Mio. angesetzt. Allein im Haushalt 2020 belaufen sich die geplanten Ausgaben auf 17,8 Mio. Euro.

Sie müssen zugeben, diese Zahlen sind enorm beeindruckend. Aber sie erklären auch, weshalb in den vergangenen Jahren, gerade in den Sommermonaten, immer mehr Baustellen aufgetan wurden. Wir alle werden als Kommunalpolitiker häufig auf die vielen Baustellen angesprochen, einige Bürger beschwerten sich über die unzähligen Einschränkungen, die sie bei ihren persönlichen Wegen hinnehmen müssen. Ich

verstehe die Bürger sehr gut, denn mir geht es ja genauso. Aber eines ist für uns als CSU-Fraktion auch sicher: Wir hören tausend Mal lieber Beschwerden über Baustellen als über marode Straßen.

Trotz aller positiven Aspekte beschäftigt uns die Brücke am Mittleren Anger immens. Nach dem Abbruch der maroden Brücke muss für eine Quermöglichkeit der Saale an dieser Stelle, zumindest für Fußgänger und Radfahrer, gesorgt werden. Auch hierauf wird die CSU-Fraktion ihren Fokus setzen, in naher Zukunft eine Lösung herbeizuführen.

Ein weiterer Bereich, der nicht minder überraschende Zahlen zu Tage fördert, sind die Schulen.

Rund 5,1 Mio. Euro stehen im Vermögenshaushalt 2020, rund 11,9 Mio. im Verwaltungshaushalt. Hierbei sind die großen Brocken natürlich die Berufsschule, die BOS/FOS, die Neustädter Schule und die Grundschule Krötenbruck.

Lassen Sie mich nun wieder einen Blick auf 2014 bis 2016 werfen. In diesem Zeitraum standen rund 39,2 Mio. Euro für die Schulen im Gesamthaushalt. Von 2017 bis 2019 waren es gar 53,9 Mio. Euro. In der Summe haben wir, den Haushalt 2020 mit berücksichtigt, seit 2014 110 Mio. Euro in unsere Schulen investiert.

Was ebenfalls sehr erfreulich ist und unbedingt erwähnt werden muss, sind die Aufnahme von 250.000 Euro für die Untersuchungs- und Planungsleistungen der Generalsanierung des Schulzentrums Rosenbühl.

An dieser Stelle müssen der Vollständigkeit halber noch ein paar Zahlen aus dem Bereich der Hochschulen genannt werden. An der Hochschule für den öffentlichen Dienst studieren derzeit rund 1.200 zukünftige Beamte. An der Fachhochschule rund 4.000 junge Menschen. Das Institut für Informationssysteme macht mit vielen Forschungsprojekten von sich reden. Das digitale Gründerzentrum „Einstein1“, das im vergangenen November eingeweiht wurde, ist ein weiterer herausragender Baustein im Umfeld der Hochschule. Weitere rund 20 Mio. Euro werden vom Freistaat in das geplante Wasserkompetenzzentrum investiert.

Dass die bayerische Staatsregierung den Hochschulstandort Hof seit vielen Jahren unterstützt, wurde durch die Ankündigung unterstrichen, dass die Hochschule Hof über 200 neue Studienplätze und mehr Personal bekommen wird. In diesem Zusammenhang muss natürlich auch die Schaffung des neuen Polizeibeschaftungsamts erwähnt werden, das die Polizisten in Bayern mit Material und Kleidung ausstatten soll. Hier werden weitere 300 Arbeitsplätze in Hof geschaffen.

Um das Segment Schulen, Hochschulen, Bildung, Arbeitsplätze abzuschließen, muss ich natürlich die Handwerkskammer von Oberfranken nennen, die den Bildungsstandort Hof mit dem Erweiterungsbau des Berufs- und Technologiezentrums aufwertet. Vergessen darf natürlich nicht werden der Bundeswehrstandort Hof, der ein hochmodernes Laborgebäude erbauen wird.

Zu einer familienfreundlichen Stadt gehört ein Angebot von hochwertigen, aber dennoch bezahlbaren Bauplätzen für Bauwillige. Es freut uns als CSU-Fraktion sehr, dass es mit dem geplanten Baugebiet Rosenbühl voran geht. Die CSU-Fraktion hofft, dass ihr zweiter Antrag in Sachen Baugebiete, nämlich die Ausweisung eines Baugebiets am Ende der Leopoldstraße, in naher Zukunft umgesetzt wird. Mit der Investition im Industrieb- und Gewerbepark „Am Regnitzgrund“, der Ansiedlung des Polizeibeschaftungsamts und der Abschiebehaftanstalt, um nur einige Beispiele zu nennen, werden Arbeitsplätze geschaffen, aufgrund derer weitere Menschen nach Hof ziehen werden, die dann auch Wohnraum und Baugrundstücke suchen.

In insgesamt 27 Kinderbetreuungs-Einrichtungen, die sich über das Stadtgebiet Hofs verteilen, werden insgesamt rund 2.000 Betreuungs-Plätze quer durch die verschiedenen Angebote, vorgehalten. An dieser Stelle gilt ein großer Dank der CSU-Fraktion allen Trägern, die in Zusammenarbeit mit der Stadt Hof dieses hervorragende Angebot schaffen und auch in Zukunft schaffen werden. Waren im Haushalt 2019 noch die Rekordsumme von knapp 14 Mio. Euro der größte Block im Vermögenshaushalt, so können wir in diesem Jahr auf rund 4,9 Mio. Euro für die Kindertageseinrichtungen stolz sein.

Die CSU-Fraktion wird darauf achten, dass eine weitere Aufstockung der Kinderbetreuungsplätze in Angriff genommen wird, denn die vorhin genannten zusätzlichen Arbeitsplätze werden auch zusätzliche Betreuungsplätze erfordern.

Ebenfalls zur Familienfreundlichkeit einer Stadt gehören Alten- und Pflegeeinrichtungen für unsere älteren Mitbürger. Hier ist die Stadt Hof auch sehr gut aufgestellt. Die Hospitalstiftung der Stadt Hof geht mit gutem Beispiel voran. Allein in den Einrichtungen der Hospitalstiftung finden rund 172 Menschen einen Platz, an dem man sich um sie kümmert und an dem man für sie da ist. Die Hospitalstiftung errichtet aktuell eine Tagespflegeeinrichtung, die nach Fertigstellung 26 Tagespflegeplätze anbieten wird. Die Eröff-

nung dieses zusätzlichen wichtigen Angebots wird noch in diesem Jahr stattfinden. An dieser Stelle nutze ich die Gelegenheit allen Pflegekräften, die rund um die Uhr für unsere älteren pflegebedürftigen Hoferinnen und Hofer arbeiten, Danke zu sagen.

Der Umbau unserer Innenstadt schreitet voran. Vor kurzem hat die VHS in der Ludwigstraße ihren Betrieb aufgenommen, der Rathausanbau wird im Juli 2020 bezugsfertig sein und das Sanierungsgebiet Biedermeiertviertel wird hoffentlich noch in 2020 ausgewiesen.

Für die Umgestaltung des Oberen Tors sind im vorliegenden Haushalt 1,3 Mio. Euro eingestellt und in der mittelfristigen Finanzplanung nochmals 2,5 Mio. Euro. Freuen wir uns auf das Jahr 2022, wenn laut Planung die Arbeiten an diesem Scharnier abgeschlossen sein sollen und dadurch die Ludwigstraße sowie die Altstadt an Attraktivität gewinnen und näher zusammenwachsen.

Mit der Baustelle am ehemaligen Kaufhof geht es ebenfalls voran und wir alle hoffen, dass das geplante Hotel zusätzliche Besucher in unsere Innenstadt bringt.

Im Jahr 2020 wird endlich auch der Antrag der CSU-Fraktion aus dem Jahr 2018, die Kernstadtreinigung zu intensivieren, greifen. Ein neu angeschafftes Reinigungsgerät, das bei Frostfreiheit eingesetzt werden kann sowie die Schaffung von vier neuen Stellen beim Bauhof werden ab März 2020 für mehr Sauberkeit in der Kernstadt sorgen.

Weniger optimal läuft es bei der HofGalerie. Ich werde jetzt nicht die gesamte Historie nochmals erläutern, aber ich werbe schon für eine nüchterne Betrachtung der Situation. Natürlich sind wir alle unzufrieden und warten auf eine Nachricht der Active Group. Natürlich ist die Situation für die Anwohner und die Gewerbetreibenden extrem unbefriedigend. Natürlich ist die Interimslösung mit dem Busbahnhof in der Luitpoldstraße keine 1a-Lösung. Aber dennoch, und ich habe das folgende bereits in der letzten Stadtratssitzung 2019 angeführt, wir sollten der Active Group, die als neuer Investor auftritt und im vergangenen April in das Projekt eingestiegen ist, eine angemessene Zeit für die Ausarbeitung des uns vorgestellten neuen Konzepts sowie für sicherlich nicht einfache Verhandlungen einräumen. Die Frage, was eine angemessene Zeit ist, kann ich Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen nicht beantworten, allerdings denke ich schon, dass es zumindest ein Jahr oder gar 15 Monate sein sollten. Weiterhin bin ich davon überzeugt, dass sämtliche andere Ideen, ob realistisch oder Luftschlösser, alleine aus Gründen der Eigentumsverhältnisse eine weitaus längere Zeit in Anspruch nehmen werden als wir heute uns vorstellen können oder wünschen. Deshalb müssen wir dem Investor als seriöser Geschäftspartner Vertrauen entgegenbringen und erst dann offen über Alternativen sprechen, wenn innerhalb der nächsten Monate keine Taten folgen.

Die CSU-Fraktion möchte, dass die Bürgerinnen und Bürger nicht nur gut und gerne, sondern auch sicher in ihrer Heimatstadt leben. Ein hohes Sicherheitsniveau stellt zudem einen nicht zu unterschätzenden Standortfaktor für unsere heimische Wirtschaft dar. Die Erhöhung der Sicherheitswacht und die Einführung des Kommunalen Ordnungsdiensts, beides aufgrund von CSU-Anträgen angegangene Projekte, zeigen nicht nur Präsenz an relevanten Orten oder unterstützen die Polizei durch Überwachung der einschlägigen Verordnungen und Satzungen, sondern sind, was vor allem den KOD betrifft, auch kompetenter Ansprechpartner für Gäste sowie Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt.

Einen erheblichen Beitrag zur Sicherheit in der Stadt trägt unsere Freiwillige Feuerwehr bei. Ein großer Dank an alle Feuerwehrler, die ihre Freizeit opfern, ja, im schlimmsten Fall ihr Leben aufs Spiel setzen, um Menschen, die sich in Gefahr befinden, zu retten. Deshalb freut es die CSU-Fraktion besonders, dass im vorliegenden Vermögenshaushalt rund 780.000 Euro eingestellt wurden. Die Mittel für die Sanierung der Keller des Gebäudes am Hallplatz wurden ebenfalls im Haushalt belassen.

Bevor ich zum Ende komme rücke ich die Schuldenentwicklung in den Fokus.

Trotz millionenschwerer Investitionen haben wir laut Plan Ende 2020 den niedrigsten Schuldenstand seit 1996. Wir haben den Rekordschuldenstand des Jahres 2012 um rund 20% reduziert.

Laut Plan betragen die Schulden Ende 2020 noch 102 Millionen Euro. 31,8 Mio. davon sind für kostenrechnende Einrichtungen.

Dabei sind mögliche Stabilisierungshilfen nicht berücksichtigt.

Welche Faktoren hierfür verantwortlich sind, habe ich bereits im vergangenen Jahr aufgeführt. Ich werde es nur noch als Aufzählung kurz anschneiden.

1. Unterstützung der Bayerische Staatsregierung in Form von Stabilisierungshilfen und Verstärkung dieser Stabilisierungshilfen
2. Förderungen, hier geht ein großer Dank der guten Arbeit der Verwaltung, die gute Vernetzung des Oberbürgermeisters und natürlich auch des bürgerschaftlichen Engage-

- ments, um damit das Hofer Modell zu ermöglichen
3. Geschlossenes Handeln im Stadtrat
 4. Konsolidierungskurs nie verlassen
 5. Bürgerschaftliches Engagement, an dieser Stelle ein ganz großer Dank an die Stiftungen

Am Ende meiner Ausführungen bedanke ich mich im Namen der CSU-Stadtratsfraktion bei Ihnen, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister sowie bei den beiden Bürgermeistern für die geleistete Arbeit und das gute Miteinander.

Sie, sehr geehrter Herr Fischer, haben als Kämmerer mit Ihrem Team dafür gesorgt, dass wir als Stadträte umfassend und bis ins kleinste Detail informiert wurden. Vielen Dank dafür.

Unser Dank erstreckt sich natürlich auf alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der gesamten Stadtverwaltung. Herr Oberbürgermeister, die CSU-Fraktion bittet Sie diesen Dank entsprechend weiterzuleiten.

Ich bedanke mich auch bei Ihnen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, für die stets offenen Worte während der konstruktiven Diskussionen. Die Haushaltsberatungen liefen, so hat es zumindest die CSU-Fraktion empfunden, in einer sachlichen, ruhigen und angenehmen Atmosphäre ab, die auch meist von großer Geschlossenheit geprägt war.

Um auf den Anfang meiner Ausführungen zurückzukommen, fasse ich die Haushaltsberatungen nochmals kurz wie folgt zusammen. Das eingangs angesprochene Rezept für ein solides Zahlenwerk wurde durch wertvolle Zugaben der Kämmerei noch schmackhafter, die vielen Köche, die sich mit dem Rezept befassten, haben das Rezept nicht verdorben, sondern für die Hoferinnen und Hofer ordentlich gewürzt und abgeschmeckt.

Die CSU-Fraktion stimmt der Festsetzung des Haushaltsplans 2020 und der Haushaltssatzung sowie dem Finanzplan einstimmig zu. Vielen Dank.“

Nun ergreift Frau Stadträtin D ö h l a das Wort:

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Bürgermeister,
sehr geehrter Herr Stadtkämmerer,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

bei vielen Dingen kommt es nicht nur darauf an, was man macht, sondern auch wann man es tut.

Zum Beispiel wenn man Blumenzwiebeln steckt oder wenn man ein Kind zeugt.

Wenn unsere Arbeit im Stadtrat auch fruchtbar sein soll, dann spielt der Zeitpunkt eben eine Rolle. Ich spiele auch darauf an auf den frühen Zeitpunkt unserer Haushaltsverabschiedung. Es war in den vergangenen Jahren oft März, bis wir soweit waren und bis dann auch noch die Genehmigungen aus Bayreuth eingetroffen sind, sind einfach wertvolle Monate vergangen. Dann konnten erst die Ausschreibungen auf den Weg gebracht werden und die Aufträge vergeben werden. Herr Fleischer hat schon erzählt, wie es dazu kam, dass wir früher dran sind, worüber wir uns freuen und wir haben dadurch jetzt wirklich einige Vorteile.

Die Ausschreibungen im ersten Quartal versprechen uns erfahrungsgemäß auch bessere Preise als wenn wir erst im Herbst dazu kommen, Bauaufträge zu vergeben. Wir haben da in der Vergangenheit manches Mal ziemlich in die Röhre geschaut. Ich denke zum Beispiel an die Brücke am Untreusee, wo nur ein Angebot kam, das weit über der Kostenschätzung lag.

Daher hat unsere Fraktion 2019 beantragt, dass der Haushalt früher verabschiedet wird und die Stadt möglichst 12 Monate handlungsfähig ist. In der Hinsicht sieht es mit dem Termin heute besser aus. Auch die Beratungen gingen flott und ohne Streit über die Bühne.

Trotzdem hätten wir uns für manches mehr Zeit nehmen sollen. Und damit meine ich nicht, dass wir alles noch bis in den März hätten hinziehen sollen, sondern dass wir im Vorfeld anders herangehen, dass die Ausschüsse diskutieren und bestimmen!

Die verantwortungsvolle Aufgabe der Stadträte, Entscheidungen zu treffen, bleibt in Teilen auf der Strecke. Zum Beispiel, wenn es um Kürzungen geht, die die Kämmerei vorschlägt und die dann im Hauptausschuss befürwortet werden.

Müsste nicht, wenn Hoch- und Tiefbaumaßnahmen betroffen sind, der Bauausschuss darüber beraten und befinden? Der wird letztlich etwas ausgehebelt, er hat keine Möglichkeit bei der Entscheidungsfindung.

Und es gibt noch einen Punkt, der uns Bauchschmerzen bereitet, der hat auch mit dem Bauausschuss vor allem zu tun:

Unsere Bayerische Staatsregierung will anscheinend nicht mehr, dass die Bürgerinnen und Bürger, auch die Öffentlichkeit, allzu viel erfahren über die Vergabe von Bauaufträgen. Das hat Auswirkungen direkt auf unsere Arbeit als Stadtrat hier in Hof.

Der Ursprung dieser ganzen Misere liegt in einem Schreiben aus dem Innenministerium vom 24.9.19 mit dem Betreff: Öffentlichkeit der Sitzungen kommunaler Gremien bei Vergabeangelegenheiten und Veröffentlichung von Auftragsdaten. Hier ging es um eine Reform des Vergaberechts und es war ein Grund fürs Ministerium, die bisherigen Vorgaben anders zu bewerten. Die Folge: weniger Informationen über den Auftrag können oder müssen nach der Vergabe veröffentlicht werden.

Das ganze birgt für uns einen großen Widerspruch: Wir wünschen uns einerseits immer auch eine breite Öffentlichkeit, einfach mehr Transparenz in der Kommunalpolitik. Ja ich denke daran, wie wir dafür gesorgt haben, dass z. Z. mehr online veröffentlicht wird, damit man sich leichter informieren kann. Aber solche Vorgaben, die sorgen genau für das Gegenteil.

Die Folge war: vor kurzem hatten wir eine Bauausschusssitzung im Januar, die hatte nur einen einzigen öffentlichen Tagesordnungspunkt. Also was soll man damit jetzt als interessierte Bürgerin oder Bürger eigentlich noch anfangen?

Es schaut aus, als wär das Innenministerium der Ansicht, die Kommunen sollten sich da vor zu viel Transparenz hüten. Das ist doch Vergangenheit sowas!

Das ist eine Position, die man hier im Stadtrat kritisch hinterfragen muss. Das haben wir noch gar nicht richtig diskutiert, dass die Staatsregierung so eine restriktive Einschätzung hier hat, was Stadträte vertraulich zu behandeln haben und was nicht. Ich finde, diese Argumentation ist auch nicht zu 100 Prozent überzeugend. Das ist einfach Geheimniskrämerei mit zum Teil ziemlich dürrtigen Begründungen. Ich glaube nicht, dass man, wenn man es weiterhin öffentlich behandeln würde, dass man da auf die Betriebsgeheimnisse der Kalkulationen schließen könnte, was die Bieter angeht.

Und denen selbst werden ja noch immer die wichtigsten Infos über die anderen Gebote mitgeteilt. und warum also nicht der Sitzungs-Öffentlichkeit?

So kommt die Arbeit eines wichtigen Ausschusses aus der Öffentlichkeit heraus und dazu entsteht im Nachgang auch noch Mehrarbeit fürs Bauamt.

Das einfach mal als Stellungnahme zu den Fakten, die der Freistaat hier geschaffen hat und die der Arbeit eigentlich nicht gut tun.

Es wäre wünschenswert, wenn Sie Herr Oberbürgermeister nochmal gemeinsam mit anderen Kommunalpolitikern sich dafür einsetzen, um das irgendwie wieder einzufangen. Es ist eine Situation, über die man sich nicht nur in Hof ärgert und es ist bestimmt nicht auf alle Ewigkeit, dass es so bleiben muss.

Das war Kommunalpolitik und Transparenz, jetzt kommt ich zu Kommunalpolitik und Geduld.

Geduld zählt ja zu unseren Kardinaltugenden. Kinder zum Beispiel sollen sie unbedingt lernen. Ich glaube, es gibt nichts was sie so oft hören, wie „jetzt warte mal noch oder habe doch mal Geduld“.

Aber ich meine, zu viel Geduld kann auch Schaden anrichten.

Wo immer wieder an die Geduld appelliert wurde, auch heute schon hier wurde, und nun wirklich kaum noch Sinn darin zu erkennen ist: Die Hofgalerie.

Ich mein, die Geduld ist erschöpft. Die ist bei der Mehrheit in Ungeduld umgeschlagen, dann in Ratlosigkeit, dann in Ärger und jetzt in Satire. Es ist einfach peinlich. Da kann man auch mal ungeduldig werden, ich finde, man muss auch mal ungeduldig werden dürfen.

Wir haben im November gefordert, dass man einfach mal offen sagt, wie es weitergehen kann, wenn die Hofgalerie nicht kommt. Ich meine, es bringt einfach Information und man muss es mal klar machen. Es ist ja keine Aufkündigung aller Verträge, wir müssen nachdenken dürfen und raus aus der Gedulds-Starre. Ideen sollen erlaubt sein. Denkverbote führen uns in die nächste Sackgasse und ich glaube schon, dass wir in einer stecken. Das heißt nicht, wir sollten uns Träumereien hingeben und phantasieren! Sondern gründlich darstellen, wie wir Herrinnen und Herren des Handelns werden.

Und es kann nicht sein, dass wir nur die Wahl haben zwischen Stillstand im Bauprojekt und Stillstand ohne Bauprojekt.

Was wir brauchen ist ein Umsetzungsfahrplan. Es mangelt nicht an Ideen. Es mangelt uns an Umsetzungsmöglichkeiten. Da gilt für die Hof-Galerie eigentlich etwas Ähnliches wie für den Theresienstein. Für den wurden auch schon mal ganz viele Ideen ins Spiel gebracht - eine ganze Doppelseite und was ist daraus geworden bislang und was könnte man sich am Strauß alles so vorstellen? Wo für alles Platz wäre, ein riesen Grundstück, was man machen könnte. Aber wir haben die ganz große Kluft, zwischen

den Phantasien, die es schon gab und die auch wieder größer werden und zwischen dem Planungsrecht. Das klappt auseinander und ich denke, wir müssen irgendwann über diese Kluft wieder drüber und uns darüber bewegen in Richtung Frage „Wie kann die Stadt planungsrechtlich wieder die Hoheit erlangen?“ Wir sehen den Stadtrat auch in der Pflicht, einen realistischen Plan zu entwickeln und einfach mal zu sagen „Wie würde es denn weiter gehen, wenn die HofGalerie nicht käme?“ und dies einfach mal transparent darstellen, um die Lage irgendwann wieder in den Griff zu bekommen.

Aber zurück zum Haushalt.

Er enthält gleich mehrere Posten, die Verbesserungen in der Kernstadt dienen.

Ich wiederhole mich, wenn ich sage, dass alleine 8 Punkte aus dem gesamten Optimierungskatalog, der im Herbst im Haupt- und Finanzausschuss vorgestellt wurde, ursprünglich von der SPD stammen.

Weil all diese Punkte schon mehrfach diskutiert wurden, greife ich nur einen aus diesen Innentadtstiteln heraus: Das Leerstandsmanagement. Es ist aus meiner Sicht noch immer unklar, in welchem Umfang hier eigentlich was genau in der Stadt Hof geschehen soll. Wie kann es gelingen, frage ich mich, dass hier nicht der Leerstand verwaltet wird, sondern dass die Probleme mit Tatkraft angegangen werden? Wann ist es soweit? Mir fallen die vergammelten Anwesen in der Pfarr ein. Da wurde wohl schon was verschickt. Ja, aber Papier ist geduldig. Es reicht nicht, die Anstöße zum Handeln allein per Post zu geben. Ein aktives Leerstandsmanagement, das geht persönlich zu auf Eigentümer und kümmert sich direkt um die Missstände. So stelle ich mir das vor. Es findet nicht vom Schreibtisch aus statt! Dazu brauchen wir noch eine bessere Beratung und Begleitung von Eigentümern in Sachen Sanierung und Fördermittelbeantragung bei der Städtebauförderung. Auch mit einem eigenen kommunalen Förderprogramm wird der Weg einfach leichter, Verfahren kann man beschleunigen, das nimmt auch den Eigentümern die Angst, an so einem Altbau was zu machen oder mal daran zu gehen.

Mit der Innenstadt direkt zu tun hat auch die Brücke am Mittleren Anger, von der hatten wir es vorhin schon. Die Mittel für den Abriss stehen bereit, aber die für einen Neubau haben wir nicht in die mittelfristige Finanzplanung hinein bekommen. Das waren schlechte Nachrichten. Wir wollen eine Wiederherstellung dieser wichtigen Verbindung, weil diese Form der Verkehrsberuhigung, die wir jetzt da unten haben, dem Stadtzentrum schadet. Und, Vorsicht Idee: Wenn der Mittelpfeiler genutzt wird für ein Provisorium, wo ist die alte Luftbrücke eingelagert? Wird die nicht in Schwarzenbach an der Saale noch manchmal verwendet? Also ich denke, wir sollten uns darin einig sein, dass es nicht komplett von der Agenda verschwinden darf, sondern dass wir immer nachhaken und eine günstige Konstellation sofort nutzen, wenn sie sich bietet. Sowas hat ja in der Vergangenheit auch schon manchmal funktioniert.

Besteht denn Hof nur noch aus der Innenstadt? - fragen sich manche schon.

Nein, wir haben auch andere Themen und große Haushaltsposten, die alle Stadtteile oder die ganze Stadt betreffen.

Wer hätte das vor einigen Jahren gedacht, dass die Grundschulen aus allen Nähten platzen würden?

Das Blatt hat sich gewendet: Anstatt traurig über mögliche Schließungen nachzudenken, mussten jetzt Container her, um Platz zu schaffen. Und zwar nicht zu wenige. Aber kann das auf Dauer die Antwort sein? Siehe Grüne Au, ebenfalls Container.

Wenn man sich die neuesten Schülerprognosen anschaut, die immer im Januar veröffentlicht werden, merkt man schnell, dass wir einen neuen Blick aufs Ganze brauchen. Anhand der Geburtenzahlen in den einzelnen Stadtteilen wird jetzt schon errechnet, wie viele Erstklässler sechs Jahre später auf der Matte stehen. Und was kommt dabei heraus?

Für 2025 brauchen die meisten Grundschulen nochmal ein, zwei oder sogar drei Klassen mehr. Und keine Grundschule braucht weniger Klassen oder bekommt weniger. Und an den Mittelschulen: genau dasselbe. Das ergibt in der Summe einen Bedarf von 18 Klassenräumen. 18 plus im Vergleich zu heute!

Das ist aber noch nicht alles! Es fehlt nämlich auch an anderen Räumen, weil diese in der Vergangenheit schon zu Klassenräumen umfunktioniert worden sind! Da wurden Lernwerkstätten aufgelöst, Fachräume etwa für den Musikunterricht sind verschwunden, es fehlen Räume für die Förderung, für Besprechungen, für Schulbüchereien, für Ganztagskinder, die sich bewegen oder ausruhen sollten. Die Raumnot blockiert die Entwicklung von Schulprofilen und von kindgerechten Ganztagsangeboten.

In der Summe ergibt das einen so großen Raumbedarf, dass dringend an einem Schulkonzept gearbeitet werden sollte. Ich war der Meinung, wir hätten eins, aber ich kenne keines. Und auch keines für 2025. Es lässt sich sicher heute nicht aus dem Stand heraus sagen, baut hier oder da eine Schule hin, dann ist das alles gelöst, aber ich plädiere dafür, das Große und Ganze zu betrachten und ordentlich und sauber für die Zukunft zu planen.

Das war ein Blick in die Zukunft. Aber das wird uns garantiert immer beschäftigen und es ist ja auch schön, dass wir die Schulkinder haben.

Jetzt will ich aber auch mal in die Geschichte schauen, auf die Vergangenheit.

Wir haben viele Mittel eingeplant, um Abrisse an den Gebäuden vorzunehmen. Diese werden oft mit Mitteln der Städtebauförderung unterstützt. Das ist im Prinzip gut so, wenn durch Ruinen eine sinnvolle weitere Nutzung blockiert wird. Insgesamt wäre es aber wünschenswert, wenn die Mittel vorrangig in Sanierungen fließen könnten. Weil nicht die Neubaugebiete machen die Persönlichkeit einer Stadt aus, sondern die regional typischen unverwechselbaren Gebäude. In dem unterscheiden wir uns von anderen Städten. Hof hat eine ganz eindrucksvolle Geschichte als Eisenbahnstadt, als Stadt der Brauereien, als Textilstadt. Und wir müssen uns schon immer wieder fragen, wie wollen wir mit dem Erbe umgehen? Ich denke oft mal wieder an die alte Deininger-Villa, die am Strauß stand. Schade darum. Also erhalten statt abreißen. Aber auch da müssen die Bauherren ermutigt und fachlich begleitet werden. Wo der komplette Erhalt am neuen Nutzungskonzept scheitert, sollen zumindest Teile des Bestands sichtbar in die Neuplanung integriert werden. Zum Beispiel bei der Hoftex oder sogar bei den Überresten des alten Ringlokschuppens. Auch da wäre es nicht unmöglich, was auch immer dort gebaut wird, z. B. Bögen in eine Eingangshalle einzubauen.

Jetzt komme ich von den Gebäuden zu den Menschen. Ein ganz großer Posten im Haushalt sind unsere Ausgaben im sozialen Bereich: mehr als 20 Millionen und um die war es ziemlich still in den vergangenen Monaten. Das ist eigentlich ein gutes Zeichen, zeigt es doch auch eines: diese Leistungen für Menschen jeden Alters sind unumstritten. Sie helfen nicht nur durchs Leben, sondern verhindern oft auch schlimmere und schwierigere Entwicklungen. Das ist gut so und daran sollte man auch einmal denken. Anmerken möchte ich noch, dass Bund und Land da auch mit ran müssen, in die Verantwortung genommen werden müssen und die Städte bei den Sozialausgaben entlasten.

Das Theater und der nächste Bauabschnitt am Freizeitsport-Zentrum Eisteich sind auch schon erwähnt worden als zwei Beispiele für große Investitionen in Sport und Kultur. In nenne sie exemplarisch, um zu unterstreichen, dass auch wir als SPD weiterhin voll hinter diesen Angeboten stehen. Das sind zwei wichtige Standortfaktoren. Beim Theater geht es darum, den Spielbetrieb während der technischen Sanierung aufrecht zu erhalten, am Eisteich geht um neue, zeitgemäße Angebote, die Lust machen auf Bewegung unter freiem Himmel. Wir haben also Indoor und Outdoor was zu bieten. Ein Dankeschön hier an unseren Sportbürgermeister Florian Strößner, der sich von Beginn an für das Projekt Eisteich reingehängt hat. Kultur und Sport sind Angebote, die Orte und Instandhaltung brauchen und vor allem aber leben die Schulen, lebt die Kultur, der Sport, die Wirtschaft, die Verwaltung durch die Menschen, die die Arbeit leisten, sich einsetzen und oft genug auch verausgaben.

Damit komme ich zum Personal und möchte es würdigen, was hier geleistet wird, auch in unserer Stadtverwaltung.

Ich möchte noch das Organisationsgutachten ansprechen, das für Klarheit auch beim Personalbedarf gesorgt hat. Es ist absolut wichtig, dass die Stellen im Bauamt aufgestockt werden. Die Mehrausgaben von heute sind noch der Konsolidierung von 2003 geschuldet. Auf Druck der Regierung musste damals rigide eingespart werden, was auch zu Lasten der Beschäftigten ging.

Aber es gilt: Kapazitäten und Belastungen müssen in einem sinnvollen Verhältnis zueinander stehen. Dafür wollen wir uns weiter einsetzen und darauf schauen, auch wenn neue Herausforderungen kommen. Ich kann mir schon vorstellen, wir haben vor kurzem verschiedene Anträge auf den Weg gebracht, dass man sich da fragt, wer die ganze Arbeit machen soll. Aber das muss sich natürlich auch bei der Stellenplanung niederschlagen.

Der Konsolidierungsdruck hat im Bereich des Personals also nachgelassen, ist aber jetzt im investiven Bereich deutlich spürbar. Hof muss bei den Krediten aufpassen, sonst gerät die Sonderzuweisung ins Wanken.

Hier sind wir nach wie vor extrem abhängig von der Regierung. Die schickt mal ein Fax und schon muss die Kämmerei im Dreieck springen. Letzte Woche haben wir es wieder erlebt, dass kurz vor knapp nochmal umgestrickt worden ist. Danke, dass Sie eine Lösung gefunden haben.

Aber wie kann man aus dieser Abhängigkeit überhaupt rauskommen? Mein letzter Gedanke:

Vor einer Woche hat Oberfranken Schlagzeilen gemacht, weil es die niedrigsten Löhne in Bayern aufweist. Und innerhalb Oberfrankens verdient man in Hof besonders wenig Geld.

Das sind keine neuen Erkenntnisse, aber sie müssen uns immer Mahnung sein und Antrieb für unsere eigene Standortpolitik hier in der Stadt.

Letztlich sollten wir darüber nachdenken, den Bereich Stadt- und Standortentwicklung neu aufzustellen, am besten eine größere schlagkräftigere Wirtschaftsförderung mindestens für Stadt und Landkreis Hof. Es wird wahnsinnig kleinteilig gedacht. In der Region Stuttgart haben 179 Rathäuser + 5 Landratsämter

einen Verband gegründet, dem die regionale Wirtschaftsförderung untergeordnet ist! Auch im Ruhrgebiet da hat man einen Ansprechpartner für Investoren, der bei der Standortsuche in 53 Kommunen hilft. Die tun sich zusammen und da kommt auch was dabei raus. Aber wir werden hier immer kleinteiliger. Statt Hochfranken zu puschen sind wir wieder bei Hofer Land angekommen und ziehen die Grenzen immer dichter. Ich denke, da müsste auch aus der Region gemeinsames in Betracht kommen. Und was ich mir noch wünsche: dass eine Entscheidung für die Ansiedlung bei uns nicht nur fällt, weil wir billig zu haben sind! Sondern weil wir Lebensqualität bieten, im sozialen, kulturellen und sportlichen Bereich. In unserer Region gibt es mehr als billige Gewerbeflächen, günstige Arbeitskräfte und Autobahnanschlüsse. Das muss in den Vordergrund rücken, wenn wir uns stärker um einen gesunden Branchenmix bemühen. Hof hat schon einmal erlebt, was der Niedergang eines einzelnen Industriezweigs anrichten kann. Deswegen heißt es jetzt auch extrem, sich breit aufzustellen.

Die kommunale Wirtschaftspolitik ist so etwas wie das Alpha und das Omega, und deswegen habe ich es heute hier erwähnt. Alpha und Omega entscheidend dafür, dass wir in den nächsten Jahren weiter investieren und konsolidieren können und hoffentlich zu dem Punkt kommen, wo weniger auf die lange Bank bzw. auf die labile Brücke geschoben werden muss! Das sind die Hoffnung und der Auftrag.

Für das kompetente und letzte Woche bis ganz kurz vor Schluss wieder rechnerisch anspruchsvolle Managen der Zahlen sage ich im Namen meiner Fraktion: Danke an den Herrn Stadtkämmerer und an sein Team! Und ich sage danke an die Kolleginnen und Kollegen aus dem Stadtrat und aus der Verwaltung.

Die SPD-Fraktion stimmt der Haushaltssatzung, dem Haushaltsplan und dem Finanzplan zu.“

Zum Haushalt nimmt Frau Stadträtin B r u n s wie folgt Stellung:

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, die Herren Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Zuhörer! Geben Sie mir zehn Minuten, dann ist alles gesagt.

Eigentlich könnte Kommunalwahl viel öfter sein. Alle Anträge werden bearbeitet oder wenigstens behandelt. Plötzlich werden Offensiven gestartet, die schon seit langem gefordert wurden. Ein Minister öffnet dem nächsten die Tür und alle haben sie freudige Überraschungen für Hof im Gepäck.

Seit mehr als 6 Jahren fordert die FAB neue Arbeitsplätze – jetzt kommt endlich Bewegung in die Sache – 6 Wochen vor der nächsten Kommunalwahl - ein Narr soll sein, wer schlechtes dabei denkt.

Wir von der FAB jedenfalls begrüßen diese Entwicklung. Endlich bekommt unser Standort in der Mitte Europas das, was er verdient. Das weiß auch der Ministerpräsident, denn so steht es in der Verfassung, dass Oberfranken nicht schlechter behandelt werden darf als Oberbayern.

Über den Haushalt gibt es dieses Jahr nicht viel zu sagen, - wir waren uns alle einig, - eine so glatte Haushaltsberatung hat es schon lange nicht mehr gegeben.

Das muss wohl daran liegen, dass uns die Regierung genau vorgegeben hat, was wir ausgeben dürfen.

Zwei Dinge sind ins Auge gestochen, die Keller bei der Feuerwehr, die saniert werden und die Angerbrücke die nicht saniert wird. Und hier kommen wir schon von der Theorie in die Praxis.

Warum wird es nicht saniert? Warum werden nicht mehr Vorhaben durchgeführt? Weil die Ausgaben, vor allem für das Rathaus, das keine Förderung bekommt, deutliche Löcher in die Kasse reißen. Dieses Rathaus, von dem der Stadtrat heute schon weiß, dass es zu klein ist und die Stadt nun entgegen ihrer Entscheidung die Sanierung des Bauamts in der Goethestraße trotzdem betreiben muss.

Das kann in die Kategorie „krasse Fehleinschätzung“ eingeordnet werden.

Genauso wie der Abriss des Busbahnhofes, bei dem wir jetzt seit 3 Jahren den Wiederaufbau herbeisehen, von dem noch nichts in Sicht ist.

„Im Januar werden die Bagger rollen“ das hat der Architekt des inzwischen berüchtigten Investors HofGalerie vor Weihnachten verlauten lassen. Ich sehe an der HofGalerie keine Bagger. Heute ist der 27. Januar. Wer weiß, was wir noch für Informationen bekommen, aber solche Aussagen tragen nicht zur Glaubwürdigkeit bei.

Unser Haushalt unterliegt einer strengen Überwachung und die Stadt Hof darf nur so viel ausgeben, wie sie in der Lage ist, ehemalige Kredite zu tilgen.

Deshalb müssen wir als Entscheidungsträger genau überlegen, wofür wir die begrenzten Mittel ausgeben wollen, ohne die Stabilisierungshilfen zu gefährden, die wir in Hof wirklich dringend brauchen.

Wer sich mit Statistik befasst, wird bald merken, dass die Stadt Hof im Vergleich zu anderen Kommunen in allen Bereichen an der letzten Stelle steht, z. B. bei der Kaufkraft, beim Gehalt oder beim Steueraufkommen.

Wer sich mit unserem städtischen Haushalt befasst, wird bald merken, dass so wenig Kredite aufgenommen werden können und so viele wichtige Bauvorhaben in die Zukunft verschoben werden müssen,

wie selten zuvor.

Die Stadt Hof wird gezwungen, alle neuen Entscheidungen für ihre Infrastruktur mit diesen Randbedingungen zu treffen. Trotzdem müssen wir die Stadt zukunftsfähig machen.

Dafür - meine Damen und Herren - braucht diese Stadt ein Entwicklungskonzept, das eine echte Perspektive für städtisches Wachstum eröffnet.

Schöner Wohnen in der Stadt und Baugebiete um die Stadt sind Grundvoraussetzung dafür, dass Hof aufblüht. Deshalb reicht es auch nicht, nur ein Baugebiet auszuweisen, vor allem dann nicht, wenn damit so viele konträr laufende Interessen verbunden sind.

Wir wissen heute, dass ein Polizeibeschaaffungsamt für Bayern nach Hof kommen soll.

Die Polizeigewerkschaft setzt den Zeitraum bis 2023, der Ministerpräsident sieht ihn bis 2030. Klar ist, dass dieses Amt, wenn es in der Innenstadt angesiedelt werden kann, mehr Nutzen für die Stadt hat, als wenn es am Stadtrand steht.

Das alles gilt es bei den Entscheidungen in der neuen Legislaturperiode zu bedenken.

Wir von der FAB haben die Vorstellung, dass Hof zur Modellstadt für ökonomische und ökologische Revitalisierung werden kann, wenn rechtzeitig die richtigen Weichen gestellt werden. Der Modellversuch autonomes Fahren gehört dazu, aber ebenso erneuerbare Energien in die Stadt zu bringen. Auch dafür wird die Stadt zusätzliches Geld brauchen.

Wir brauchen eine wohldurchdachte Infrastruktur, die wieder mehr Menschen in der Stadt ein gutes Leben ermöglicht.

Das ist das Zeichen, das uns die Zeit gesetzt hat. Wir brauchen keine neuen Verkaufsflächen, solange nicht die alten ausgeschöpft werden. Was soll mit den Häusern in der Stadt werden, wenn die Geschäfte abgewandert sind? Das ist auch eine Aufgabe des neuen Oberbürgermeisters oder Stadtoberhaupts, sich hier rechtzeitig zu informieren. Diese Verantwortung kann man eben nicht einfach abschütteln mit der Aussage, dass es Privatsache des Eigentümers ist. So wie das unser jetziger Oberbürgermeister immer wieder getan hat. Da reicht es auch nicht, für mehrere Millionen den Oberen Torplatz neu zu planen, wenn eine Skihütte dort dann keinen Platz mehr findet --- zwischen den geplanten Neuanpflanzungen von Bäumen, die bereits im Stadtbau West beantragt sind.

Das Aussehen dieses Platzes – des Oberen Torplatzes wurde noch nicht zu Ende gedacht,

Aber die Robinien, übrigens kerngesund, wenn Sie sich die Baumstümpfe mal anschauen wollen, die wurden vorsorglich schon mal gefällt.

Die öffentlichen Toiletten in Hof sind ein weiteres Thema. Und ja, wir kümmern uns jetzt mehr um die Innenstadt, weil es dort auch wirklich brennt. Dieses Thema, das ist nicht gelöst, obwohl Sie Herr Fichtner seit 14 Jahren als Oberbürgermeister daran arbeiten.

Überhaupt haben Sie im Laufe ihrer Amtszeiten viele Dinge zur Chefsache gemacht. Ich erinnere nur an das Leerstandsmanagement für Geschäfte der Kernstadt, das Ihnen mit anderen Vorhaben in der Innenstadt nicht so recht geglückt ist.

Anderer Schauplatz - Busbahnhof an der HofGalerie. Heute haben wir den 27. Januar 2020. Der Busbahnhof soll 2021 fertiggestellt sein. Da müsste jetzt ein Wunder geschehen, um diese Maßnahme vertragsgemäß fertigzustellen. Immer mehr Bürger fragen, ob dieses Gelände am Strauß für eine andere Bebauung nicht sinnvoller verwendet werden kann, oder ob wir in 10 Jahren immer noch über die HofGalerie sprechen.

Und dem Stadtrat stellt sich die Frage, ob ein städtischer Busbahnhof seine Funktion in der Stadt aber auch für den Landkreis Hof an anderer Stelle nicht besser erfüllt. Meine große Sorge ist, dass Sie sich - Herr Dr. Fichtner - in Ihrer Strategie verzettelt haben und nun keine Lösung dafür finden, einfach weil es nicht Ihr Interesse findet.

Der neue Stadtrat und das nächste Stadtoberhaupt haben in den nächsten Jahren sehr viele wichtige Entscheidungen zu treffen. Darauf muss das Gremium vorbereitet sein, deshalb soll sich jeder Kandidat jetzt schon überlegen, was er oder sie dazu tun kann.

Noch ein Abschiedswort zu Herrn Stadtdirektor Pischel, der ja heute das letzte Mal in seinem Amt dieser Haushaltsverabschiedung beiwohnt. Herr Pischel, ich habe Ihre Loyalität immer bewundert, auch wenn ich bei manchen Entscheidungen die Wirklichkeit anders wahrgenommen habe als die Stadtverwaltung. Die Wahrheit liegt ja im Auge des Betrachters. Jedenfalls haben Sie das Netz aufgespannt, in das die Oberbürgermeister – Sie haben ja zwei davon erlebt – in das die Oberbürgermeister, wenn notwendig, fallen konnten. Dafür möchte ich Ihnen auch im Namen meiner Fraktion unseren Respekt und unsere Anerkennung ausdrücken. Wir wünschen Ihnen für Ihren Ruhestand Gesundheit und viele schöne Ereignisse, an denen Sie sich mit Ihrer Familie erfreuen können. Der Kämmerer wünscht wir ein glückliches

Händchen, um mit allen Zahlen, die Sie bisher mit mehr oder minder viel Mühe in die richtige Richtung jongliert haben oder begleitet haben, das neue Jahr wieder angehen zu können.

Sehr geehrte Damen und Herren, die FAB-Fraktion stimmt der Satzung, dem Haushalt und sämtlichen anderen Bedingungen zu. Danke sehr.“

Herr Stadtrat Dr. Schrader äußert sich mit nachfolgenden Worten zum Haushalt:

„Herr Bürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Mir steht nicht zu so lange zu reden wie meine Vorredner, aber ich denke, vieles haben wir ja auch in den letzten Jahren im Konsens geregelt. Wir waren in sehr, sehr vielen Dingen einig, aber lassen Sie mich ein paar Dinge ansprechen, die ich doch ein bisschen anders sehe.

Alles was wir an Geld ausgeben, ausgegeben haben bzw. ausgeben werden sind zum kleinen Teil die Gebühren die wir einnehmen. Zum großen überwiegenden Teil Steuergelder. Dabei kommt uns derzeit die allgemein gute Konjunkturlage zugute. Denn Schlüsselzuweisungen sind normalerweise immer dann hoch, wenn die Wirtschaftskraft der Kommune schlecht ist. Auf der anderen Seite bekommen wir Stabilisierungshilfen, die bisher immer gedacht waren, um Schulden abzutragen und jetzt auch uns erlauben, in einem gewissen Umfang Investitionen vorzunehmen, für die wir der Staatsregierung sehr dankbar sind. Aber es sind immer Steuergelder.

Bedingung für diese Schlüsselzuweisung, die Stabilisierungshilfe, ist, dass wir sehr bedacht mit dem Geld umgehen, dass wir keine Nettoneuverschuldung machen und dass wir die freiwilligen Leistungen zurückfahren und auch dafür sorgen, dass unsere Einnahmesituation besser wird. Wir haben da schon gehandelt. Die Fahrpreise für die Stadtbusse wurden vor Jahren schon deutlich erhöht. Gleichzeitig aber die Bedingungen für ÖPNV verschlechtert. Wir haben das Nutzungsentgelt für die Stadtbücherei ein bisschen angepasst und die Eintrittspreise für das Museum erhöht. Wir haben auch die Eintrittspreise für die Bäder erhöhen müssen.

Nur: die Start- und Landegeühren für den Flugplatz sind seit 2013 unverändert. Wer hat, dem wird gegeben. Das ist zwar nicht viel aber ich denke, dass das sozial ungerecht ist. Der Flugplatz muss sich meiner Meinung nach den Zuschuss der Stadt erst einmal verdienen!

Ich habe im Bauausschuss Prügel bekommen, weil ich gesagt habe, es kann doch nicht sein, dass Fördergelder immer daran gebunden sind und das was wir damit machen, teurer, besser, größer, weiter, umfangreicher ist als das was ersetzt werden soll. Wir brauchen dort eigentlich keine Brücke für die Autos. Wir hatten früher den Teppichsteg, als ich Kind war und wir haben die Brücke am Anger und das hat gereicht. Die neue Michaelisbrücke ist wesentlich leistungsfähiger. Wir freuen uns, dass dort unten zwischen dem Sigmundgrab und der Pfarr unterhalb der Stadtmauer ein verkehrsberuhigtes Wohngebiet entstanden ist. Da braucht es nicht wieder eine Autobrücke. Wir brauchen was für die Fahrradfahrer und die Fußgänger. Aber das kostet die Stadt, nach den bisherigen Lösungen 70.000 € mehr als ein Neubau des Straßenprojekts, die den Steuerzahler fünfmal so viel kostet, nämlich über 2 Mio. €.

Verschwendung von Steuergeldern. Am Anfang gab es für die Ortsumgehung Leimitz zwei Alternativen. Das eine war eine kleine Lösung, die der Bund Naturschutz vorgeschlagen hatte. Diese hatte den Sinn, die Anwohner in der Haidt zu entlasten vom Durchgangsverkehr und die Hochschulen an die A 93 anzubinden. Und auch diese kleine Lösung, die wir für ungefähr 2 Millionen Euro damals bekommen hätten, hätte dieses Ziel erreicht. Aber nur mit der Maximallösung, die dann beschlossen worden ist, gegen meine Stimme, nur mit der Maximallösung schaffen wir es, dass wir dann den Schwerlastverkehr in bedeutendem Umfang in die Oelsnitzer Straße bekommen; nur mit der Maximallösung schaffen wir es, dass bis zu 8.000 PKWs und kleine LKWs in den Wartturmweg kommen; nur mit der Maximallösung schaffen wir es, dass am Schluss am Pestalozziplatz ein Verkehrschaos entsteht. Und vor diesem Szenario, Herr Pischel, Sie dürfen auch mal zuhören, vor diesem Szenario haben Sie damals den Stadtrat hier gewarnt, dass das nicht tragbar sei, und das war vor der Verabschiedung des Generalverkehrsplans - vor meiner Zeit. Und trotz dieser verfehlten Planung wird dran festgehalten. Diese Maximallösung kostet uns nicht 2 Millionen Euro, nicht 4 Millionen wie es damals prospektiert war, die kostet uns jetzt 11 Millionen. Und wir brauchen hinterher noch Geld dafür, zusätzliche freiwillige Lärmschutzmaßnahmen im Wartturmweg, die über das gesetzlich Vorgeschriebene hinausgehen.

Unsere Stadt hat, das wurde auch schon angesprochen, in den letzten Jahren auch schwere Zeiten hinter sich gebracht. Die Bevölkerungszahl ist stetig zurückgegangen, die Arbeitslosigkeit war hoch, die jungen Leute sind weggezogen. Das hatte auch Auswirkungen: Der Stadtrat ist verkleinert worden, die Stel-

len wurden abgebaut. Es war so ein Downsizing, eine resignative Stimmung. Die CSU-Staatsregierung hat dann auch irgendwann mal einen Landesentwicklungsplan aufgelegt. Da gab es drei Zentren mit Augsburg, München und Nürnberg. Der Rest waren allenfalls Schlafstädtchen in der Provinz, die einfach nur Zulieferer sein sollten ohne eigenes Entwicklungspotenzial. Irgendwann hat sich das Blatt gewendet. Und was haben Sie Herr Oberbürgermeister da gesagt? „Das sind alles anerkannte Flüchtlinge, Haftentlassene, Drogensüchtige und Harz IV-Bezieher“. Aber es ist ja nicht so, dass die Staatsregierung der Wahrheit entspricht, denn sicherlich sind die Leute, die im Wohngebiet bauen wollen, von ganz anderem Schlag.

Wir haben hier Chancen als mittelgroße Stadt, gerade mit so einer Infrastruktur, mit solchen guten Verkehrsanbindungen, mit dem breitgefächerten Kulturangebot, dass Leute zu uns ziehen, dass es hier Arbeitsplätze gibt und dem müssen wir auch Rechnung tragen. Es passt nicht so recht dazu, dass die Stadterneuerung viele ihrer Wohnungen verkauft. Die Möglichkeit auf den Wohnungsmarkt Einfluss zu nehmen, hat man sich dadurch aus den Händen genommen.

Herr Bürgermeister Siller, Sie haben es angesprochen, wir haben in diesen Zeiten, als es uns so schlecht ging, einfach auch verpennt und verschlafen, für neue Wohngebiete zu sorgen. Jetzt muss es schnell gehen, das ist das Problem. „Noch ist nichts entschieden“, Ihre Worte bei der Bürgerversammlung. Doch werden bereits Tatsachen geschaffen. Durch Vermessungsarbeiten und Probebohrungen wurden zahlreiche Hecken beseitigt, Hütten nach Aufforderung der Stadt Hof an die Eigentümer abgerissen, Wiesen mit schweren Geräten umgepflügt, Bäume unsachgemäß beschnitten, die Hütten wurden abgerissen, obwohl bekannt ist, dass diese z.B. als Winterquartiere für Fledermäuse dienen. Ein Anrainer hat vor Verkauf seines Grundstücks an die Stadt erst einmal noch schnell alle Obstbäume abholzen lassen.

Was ist jetzt mit dem versprochenen Gutachten zur potenziellen Kaltluftschneise? Was ist mit den zahlreichen Einwendungen der Hoferinnen und Hofer? Noch besteht keine Rechtssicherheit für die Planung. Eine einzige Klage kann das Ganze auf Jahre verzögern. Da ist es doch ziemlich verwegen, wenn im Haushalt für 2020 gleich mal ca. 2 Millionen Euro für Grundstücksverkäufe und ca. 800.000 Euro Einnahmen aus Erschließungsgebühren eingestellt werden.

Ich persönlich bin hin und her gerissen zwischen Umweltschutz und neuem Wohngebiet. Aber so, wie Sie hier vorgehen, funktioniert es nicht.

Ich muss auch noch etwas zur HofGalerie sagen. Im Haushalt ist kein einziger Euro für den Busbahnhof drin. Das heißt, vorher kommt er nicht mehr. Bis Ende des Jahres 2019 sollte eigentlich klar sein und auch der Öffentlichkeit gegenüber erklärt werden, was aus diesem Projekt wird. Auch dieses Wort haben Sie nicht gehalten. Ob wir nach dem 29. März mehr wissen, weiß ich nicht. Bisher haben Sie und die Verwaltung allen Anregungen, Anfragen und Anträgen hier aus dem Gremium teilweise ziemlich heftig eine Absage erteilt. Aber Nibelungentreue, Herr Oberbürgermeister, führt in den Untergang. Wir können gerne an der Sache diskutieren und ich denke, es ist legitim, Ideen einzubringen, Pflänzchen auf diesen „Mount Fichtner“ zu setzen und zu schauen, was daraus wächst. Es geht nicht darum, wer Recht hat, es geht nicht ob Eingriff in Privateigentum, es geht darum, die Investoren haben ein Interesse daran, dass das was wir bauen, ihnen eines Tages Gewinn bringt und uns geht es darum, dass es den Hoferinnen und den Hofern einen Gewinn bringt. Wir hatten ja mal die Idee, dass da unten die Leute wieder Lebensmittel einkaufen können und da ist eine z. B. Markthalle mit 4.300 m² Verkaufsfläche, wie es in anderen Städten von Vollsortimentern aufgebaut worden ist, eine Möglichkeit. Aber dazu müssen's erst mal aufhören, mit Dreck schmeißen zu lassen.

Zum Abschluss verglichen mit dem Eiskunstlauf: Herr Fischer, A-Note 6,0, hervorragend! Dankeschön an Sie und an Ihr Team. Die B-Note für den künstlerischen Ausdruck ist meiner Meinung etwas mangelhaft und ich werde diesem Haushalt nicht zustimmen. Dankeschön.“

Nun ergreift Herr Stadtrat E t z e l das Wort:

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, im Haushaltsentwurf ist viel Wichtiges und Richtiges enthalten, nicht zuletzt weil es sich um Pflichtaufgaben handelt, die wir bedienen müssen. Aber auch die freiwilligen Leistungen können sich sehen lassen. Die Aufgaben für unsere Kultureinrichtungen, für unsere Schulen, für den Sportbetrieb für den Klimaschutz, für Soziales sehr beachtlich und unstrittig auch notwendig. Die Kollegen Fleischer und Döhla haben ja vieles im Einzelnen beleuchtet und auch durchaus für mich nachvollziehbar dargestellt und ich stimme auch den meisten Bewertungen zu. Allerdings gibt es auch einige Dinge mit denen ich nicht einverstanden bin. Ich kann mich auch der Bewertung des Kollegen Fleischers hinsichtlich der Finanzierung unseres Haushaltes nicht anschließen. Ich denke, wir sind in permanenter Abhängigkeit von Bayreuth und München und von kommunaler Selbstverwaltung im Sinne des Art. 28 Grundgesetz, da bleibt nicht viel übrig.

Geld ist genug da, nur wir verteilen nicht in die richtigen Hände, z. B. die meisten Kommunen sind ja abhängig gewesen, können nicht aus dem Vollen schöpfen, weil sie nicht über horrenden Gewerbesteuer-einnahmen verfügen. Da hapert es noch gewaltig. Geld wird aber notwendig sein, wenn wir Lebensqualität für alle Menschen in dieser Stadt herstellen wollen. Sicherlich, Hof hat hohe Lebensqualität für die meisten, deshalb lebe ich ja auch seit über 30 Jahren in dieser Stadt und ich habe keinen Grund wegzuziehen und ich denke mal, den meisten Hofern wird es genauso gehen. Aber es gibt auch Missstände in dieser Stadt. Geld werden wir brauchen, wenn wir die soziale Spaltung in dieser Stadt abmildern wollen. Wir können nur auf kommunaler Ebene abmildern, die Armut selbst, die können wir nicht beseitigen auch die Regelleistungen kann wohl der Bund hochsetzen. Für uns bleibt es, auf kommunaler Ebene dafür zu sorgen, dass die Familie, dass die Kinder, dass die Rentner die Leistungen der Grundsicherung beziehen, dass wir denen unter die Arme greifen. In Hof gibt es 2.400 Bedarfsgemeinschaften, ohne die Armutsrentner, das sind ca. 800 Leistungsbezieher im Rentenalter und die Nicht-Erwerbsfähigen. In diesen 2.400 Bedarfsgemeinschaften leben 5.121 Personen. Das war auch schon lange vor 2015 so, dass von diesen 5.121 Personen, 1.502 Kinder sind, also unter 15 Jahren. Dazu kommen noch die Familien mit Wohngeldbezug und die, die Kinderzuschlag erhalten zur Vermeidung der Beziehung von Grundsicherung und die Familien, die mit Niedriglohneinkommen leben müssen. Jedes 4. Kind wächst also in relativer Einkommensarmut auf. Hof hat die höchste Quote an Schulabgängern ohne Schulabschluss und Hof hat den höchsten Anteil an Müttern im Teenageralter. Das ist nicht pauschal verwerflich aber aufgrund der Sozialforschung war festzustellen, dass unsere Fakten für soziale Verwerfungen und Missstände in einer Kommune sprechen. Die gesetzlichen Leistungen für Teilhabe und Bildung nach dem Sozialgesetzbuch sind mager, da gibt es zu geringe Beträge, davon kann kein Kind an Sporttraining teilnehmen, geschweige denn, ein Musikinstrument erlernen. Es besteht also Handlungsbedarf, die Stadt tut auch was: Freie oder ermäßigte Eintritte und Nutzung wie z. B. Theater und Stadtbücherei oder Lernförderung gibt es. Für soziale Teilhabe braucht es generell freie oder ermäßigte Eintritte und Nutzung für städtische Einrichtungen wie z. B. den Eisteich, die Bäder und den ÖPNV.

Mangelnde Kulturmöglichkeiten ist die eine Seite der Armut - fehlende Orientierung und Perspektive ist die andere Seite. Das gemeinsame Projekt von Stadt und Jobcenter für Langzeitarbeitslose und deren Familien ist ein wichtiger Baustein. Wir brauchen mehr Angebote und ganzheitliche Hilfen für benachteiligte Familien und Kinder. Mit professioneller Orientierungshilfe können Kinder ihre Talente, Begabung und persönlichen Ressourcen entdecken, entwickeln und stärken. Nur so lässt sich der Teufelskreis der erbten Armut und Benachteiligung durchbrechen. Aber mit dem vorgelegten Haushalt wird uns das nicht gelingen.

Nach der Kritik die Selbstkritik: Im letzten Jahr habe ich zwei Vorlagen zugestimmt, die ich im Rückblick für falsch halte:

- a) Rosenbühl: Da bin ich falschen Frontstellungen auf den Leim gegangen. Anlieger gegen Bauinteressen. Das ist natürlich Unfug gewesen, entscheidend ist das Interesse der Einwohnerschaft der Stadt Hof und ich denke, die hat ein Interesse daran, dass diese biotopähnliche Fläche nicht als Baugebiet ausgewiesen wird sondern als Landschaft erhalten bleibt. Es war falsch, nicht vorab andere in Betracht kommende Flächen als Baugebiet zu prüfen oder gar auszuweisen. Nach dem ultima-ratio-Prinzip kommt meines Erachtens eine Bebauung des Rosenbühls erst in Betracht, wenn alle anderen Möglichkeiten ausgeschöpft sind und dann auch nur in der ursprünglichen kleinen Variante.
- b) HofGalerie: Nach Absprung des ersten Investors, da habe nicht nur ich sondern der gesamte Stadtrat geschlafen. Wie haben Sie argumentiert? Das Objekt sei nicht mehr darstellbar in dieser Größe, d. h. auf deutsch: Es wurde nicht als profitabel eingestuft. Hier hätte der Stadtrat sofort eine ergebnisoffene Diskussion über das weitere Vorgehen anfordern müssen. Gut, das ist nicht passiert aber ich denke, dass wir aus Fehlern lernen können und dass wir diese ergebnisoffene Diskussion jetzt unbedingt beginnen sollten. Tolle Vorschläge gibt es viele für das Areal der Hof-Galerie und entgegen der Auffassung der Kollegin Döhla bin ich nicht der Meinung, dass die Bauleitplanung und die Phantasien in einem Gegensatz stehen. Bauleitplanen kann man grundsätzlich alles. Das hängt davon ab, was wir wollen. Aber was im Gegensatz dazu steht, das ist das Privateigentum an dieser riesigen Fläche in der Innenstadt. Wenn der Privateigentümer nicht will, dann geht nichts und da können wir doch die Bauleitplanung beschließen. Was bleibt aber? Denn es ist ja nicht so, dass wir ausgeliefert werden dieser Situation. Es gibt nur zwei Möglichkeiten, die vorhandene Bauleitplanung mit Baugebot und der Konsequenz, dass es möglicherweise, wenn der Eigentümer oder der Investor nicht spurt, dann auch enteignet wird - das sieht übrigens

unsere Verfassung, unsere Rechtsordnung vor. Ich bin auch nicht unbedingt ein Freund davon, aber wenn das nicht anders geht, dann muss man auch mal zu einer solchen Maßnahme greifen. Oder die einfachere Möglichkeit wäre, die Stadt Hof erwirbt dieses Baugebiet und dann ist es wieder die Frage: Wovon? Aber da haben wir wieder das ganze Elend der Kommunalfinanzierung. Ich könnte mir vorstellen, dass die Stadt Hof gemeinsam mit Akteuren der Gemeinwohldiakonie z. B. dieses Gelände erwirbt und dass wir dann neben einer Konsummöglichkeit, das war ja der Ursprung dieser ganzen Planungen, auch noch Kultureinrichtungen und Sozialeinrichtungen schaffen. Unsere Schulen platzen aus allen Nähten, ja warum denn nicht z. B. auch eine Grundschule dort anzusiedeln ohne bestehende Grundschulen zu erweitern.

Unter diesen Ausführungen zu der sozialen Spaltung in dieser Stadt und zu meinen Fehlern, die ich letztes Jahr beim Abstimmungsverhalten gemacht habe, kann ich dem vorgelegten Haushaltsentwurf auch nicht zustimmen. Zum einen gibt es weitere hohe Ausgaben für den Flugplatz, für den Rathausanbau, ich hatte für die preisgünstige Variante gestimmt, dann die Ortsumgehung Leimitz, dazu hat der Kollege Dr. Schrader schon ausgeführt, dann die Saalequerung gegen die ich gestimmt habe und eben die veranschlagten Einnahmen im Haushalt für den Verkauf der Grundstücke am Rosenbühl, das ist meines Erachtens noch nicht ausgemacht. Unter diesen Voraussetzung hört man von mir ein vollumfängliches Nein zu Beschlussvorlage.“

Frau Stadträtin S c h o e r n e r führt folgendes aus:

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Herren Bürgermeister,
sehr geehrte Stadträtinnen, sehr geehrte Stadträte,
sehr geehrte Mitarbeiter der Verwaltung,
und vor allen Dingen liebe Hoferinnen und liebe Hofer,

nach einer kurzen Zeit der Haushaltsberatungen liegt heute der Haushalt für 2020 vor.

Von außen betrachtet, waren die Haushaltsberatungen, eher unspektakulär und nur wenig von verschiedenen Auffassungen geprägt. So könnte man also sagen, dass es sich bei dem Haushalt für 2020 um ein harmonisches Vorlagenwerk handelt, bei dem sich soweit alle einig sind.

Vielleicht auch dadurch bedingt, dass gerade im Vermögenshaushalt, Baumaßnahmen, die schon lange geplant und durch nicht genehmigte Haushalte vor sich hergeschoben werden mussten oder eben auch auf Grund der bekannten und jetzt, hoffentlich, in Zukunft geänderten Personalsituation aufgeschoben werden mussten, fortgeführt werden. Ob man dabei aber grundsätzlich Projekte weitertreiben muss und sich eben auch überlegen muss, ob manche Projekte nicht einfach utopische, unwirtschaftliche und vor allem umweltzerstörende Großprojekte sind, bei denen sich die Stadt als Ganzes schwer tut, lasse ich offen.

Ich habe kurz die Personalsituation angesprochen: Ich freue mich über jeden Mitarbeiter, jede Mitarbeiterin, die für die Stadt Hof arbeitet und gerade das Bauamt, den Hoch- und Tiefbaubereich ergänzt.

An dieser Stelle schließe ich mich natürlich gerne den Dankesworten an und bedanke mich für die Aufstellung des Haushaltsentwurfes und die Arbeit der Fachabteilungen.

Die Entscheidung über den Haushalt ist definitiv eine der schwersten und umfassendsten Entscheidungen, die der Stadtrat alljährlich zu treffen hat. Und dem Haushalt zuzustimmen, oder abzulehnen ist eine Entscheidung, die weder aus Gewohnheit getroffen wird, noch mache ich es mir bei der Entscheidung leicht. Es gilt also abzuwägen.

Wir haben auf der einen Seite einen Verwaltungshaushalt, der solide aufgestellt ist. Durchdacht, realistisch, vorausschauend, ein gutes Stück Arbeit, was schon die Zuführung vom Verwaltungs- in den Vermögenshaushalt zeigt. Und: Der Verwaltungshaushalt ist auch, im Rahmen unserer Möglichkeiten, ein sozialer Haushalt.

Im Vermögenshaushalt haben wir einerseits - positiv - den Rathaus-Erweiterungsbau, der in diesem Jahr fertig gestellt wird und dadurch eben die Erschaffung eines „Rathauses der kurzen Wege“, mit tollen, modernen, ökologisch für eine klimanachhaltige Stadtentwicklung passende Arbeitsplätze und eben auch den geschaffenen Serenadenhof, der für kulturelle Veranstaltungen genutzt werden kann. Auf die Eröffnung in 2020 können wir uns alle freuen. Und ich hoffe oder würde mir wünschen, dass eben auch die Kritiker und Skeptiker das neue Rathaus auch als ihr Rathaus annehmen.

Die Stadt Hof hat sich – vielleicht auch inspiriert durch meinen Antrag vom 11. April 2018 „Aktive Gestaltung der Energiewende in der Stadt Hof“ – Klimaschutz auf die Fahnen geschrieben und mit der Einsetzung einer Klimaschutzmanagerin einen vorbildlichen Schritt getan. Ich hoffe, dass dieser nicht nur wegen der Fördermittel erfolgte, sondern „Klimaschutzmanagement“ eben auch ohne Förderung zu einer festen und selbstverständlichen Stelle, bzw. sogar Abteilung wird, bzw. bleibt. In diesem Zuge hätte ich mir allerdings für 2020 etwas mehr als eine Einstellung von 52.880 € für „Klimamanagement für Projekte“ gewünscht.

Gerade in diesem Zusammenhang und nach der tollen Auftaktveranstaltung vom letzten Dienstag, mag man sich die Frage stellen, wie Klimaschutz einerseits zu Trassenführungen und Naturzerstörung andererseits passen mag, wenn es doch gleichzeitig alternative Möglichkeiten gibt, Verkehrsströme zu leiten. Kollege Dr. Schrader hat es gerade umfassend nochmal erläutert. Kurzum, es geht um die Ortsumgehung Leimitz/Haidt, die ist und bleibt ein Bauprojekt, welches ökologische, nachhaltige Stadtentwicklung und Klimaschutz schlicht und ergreifend ad absurdum führt.

Positiv gleichwohl, dass es mit dem Austausch der Straßenbeleuchtung weitergeht: Für 2020 ist der Austausch von 161 HQL-Lampen gegen LED-Lampen geplant - diese 583.000 € eine wohl mehr als rentable Ausgabe. Eben nicht nur für die Umwelt, sondern letztendlich auch für die Stadtkasse.

Doch stehen eben auch die nächsten Großprojekte an:

Theater (20 Mio €), Ortsumgehung Leimitz 10,9 Mio €, Saalequerung 13,5 Mio €, Friedrich-Ebert-Brücke usw., usw.

Dass dabei für andere Projekte, die schon lange nötig wären, wie etwa beispielsweise die Sanierung der Stadtbücherei, eine Gestaltung eines Lesehofes mit Brunnen etc., dass dafür Zeit und Geld fehlt, bedauere ich sehr.

Stadtumbau Johann-Weiß-Straße – tolles Projekt.

Umgestaltung Ludwigstraße zwischen Finck und Rathaus – toll. Ein guter Ansatz. Wenigstens hier.

Denn für eine Aufwertung, ein Konzept für Bismarckstraße, Lorenzstraße oder Sonnenplatz finde ich auch im Haushalt für 2020 nichts. Für die HofGalerie, oder wie man das Kind auch nennen mag, brauchen wir die Verbindung zwischen Altstadt und Pfarr bzw. Busbahnhof: Wir müssen eine emotionale, sichtbare und tatsächliche Verbindung schaffen. Die Bismarckstraße muss Verbindungsstraße sein, egal was dann letztendlich da unten entsteht. Sie muss einladen, in die Altstadt zu kommen. Die Bismarckstraße muss umgestaltet werden. Jetzt. In kurzer, absehbarer Zeit. Da können wir eben nicht warten, bis die HofGalerie fertig sein wird und dann erst über etwaige Verbindungen, wie auch immer, nachdenken.

Im letzten Jahr hatte ich lobend erwähnt, dass die städtischen Zuschüsse zum Flughafen von 2018 auf 2019 sinkend sind und nun für 2019 mit 362.000 € eingestellt sind. Zu früh gelobt. Für 2020 soll der Betriebskostenzuschuss wieder auf 390.000 € steigen. Und das, obwohl [Zitat] „der Wirtschaftsplan noch nicht beschlossen ist, ist aber bekannt, dass der Zuschuss erhöht werden muss.“ Durch welche Ausgaben dies notwendig wird, und wie höhere Ausgaben für einen engen Kreis an Nutzern durch etwaige höhere Einnahmen abgefangen werden können, bleibt – zumindest für den Betriebskostenzuschuss, der im Haushalt der Stadt Hof eingestellt ist – ungeklärt.

Ich kann und ich will meine Position hier nicht ändern: Die sinnvollere Investition, statt in den Hofer Flughafen ist, die knapp 400.000 € als Betriebskostenzuschuss für die HofBus GmbH zu gewährleisten. Günstigere Monats-Busticket einzuführen und davon haben letztendlich alle Hoferinnen und Hofer etwas. Sei es durch die günstigere Nutzung oder eben durch eine Stadtplanung Entlastung der Innenstadt. Oder ein anderes kleines Beispiel aus dem Haushalt im Bereich dieser 400.000 €: Für die Haushaltsstelle Wohnungsbau werden 465.000 € eingestellt - nur um die Zahlen besser zu vergleichen.

Ich will mich kurz halten.

Wie ich eingangs schon erwähnt habe, fällt die Entscheidung und die Abwägung zum Haushalt in keinem Jahr leicht. Bei einer getrennten Abstimmung von Verwaltungs- und Vermögenshaushalt hätte ich dem Verwaltungshaushalt zugestimmt. Auch wenn sicherlich die eine oder anderen Kröte zu schlucken gewesen wäre.

Aber: Im Hinblick auf Ortsumgehung Leimitz, Saalequerung, Flughafen etc., etc. kann und will ich dem Haushalt nicht zustimmen.“

Oberbürgermeister Dr. F i c h t n e r schließt mit folgenden Worten:

„Ich darf Ihnen ganz herzlich für Ihre Beiträge danken. Die Haushaltsberatungen sind traditionell natürlich die Stunde der Fraktionen im Stadtrat, aber lassen Sie mir nach knapp zwei Stunden zuhören noch einige wenige Minuten, noch einige Gedanken:

Eine Stadt ist nie fertig. Ich darf an die Wort des geschätzten Nürnberger Kollegen Maly erinnern, der den Beruf des Oberbürgermeisters verglichen hat mit Bügelwäsche: Wenn man es gemacht hat, dann kommt die nächste.

Es liegt in der Natur der Sache, dass die Vertreter der Mehrheitsfraktionen mehr auf das Bezug genommen haben, was in den letzten Jahren positiv geschehen ist und dass andere Vertreter natürlich viele bleibende Herausforderungen angesprochen haben, die muss man angreifen, wenn wir fertig wären, dann könnten wir uns auflösen. Das will ich angesprochen haben. Wir in der Stadt Hof und in Hochfranken waren in den letzten Jahrzehnten die Meister des Wandels. Weil zu den globalen Veränderungen, Globalisierung, Weltmobilisierung, Digitalisierung, auf letzteres komme ich noch, auch die Veränderungen vor Ort gekommen sind. Jahrzehntelang hat uns die Grenzöffnung und die Grenze zu Tschechien - Lohnkostengefälle, Sozialversicherungsgefälle und, und, und beschäftigt. Wir sind auch heute in einem Wandlungsprozess, der in Ihren Beiträgen insgesamt zum Ausdruck kam und ich glaube wir sind gut gewappnet für den Wandlungsprozess.

Lassen Sie mich kurz ein paar Beispiele nennen: Frau Bruns, Sie wollen mehr Arbeitsplätze schaffen, das wollen wir alle und ich bin auch dankbar, dass das Thema Wirtschaft wieder einmal bei vielen Reden zum Ausdruck kam. 10 Jahre Wohlstand in unserem Land - er trifft nicht alle - das Thema Wirtschaft wurde nicht mehr so behandelt. Wo ich hinkomme ist heute nicht die Arbeitslosigkeit die große Sorge, die ging zurück - ist immer noch hoch in der Stadt, das weiß ich und hat andere Gründe, der begrenzende Faktor für die Unternehmen ist der Fachkräftemangel. Wir liegen heute in der Stadt bei 5,3 % Arbeitslosigkeit. Es kam zum Ausdruck die Kaufkraft. Ja, das war schon immer so. Heute heißt es Niedriglohn. Früher war es in der Textilindustrie, darf man heute schon fast nicht mehr sagen, Frauenarbeitsplätze, die auch nicht genug bezahlt bekamen. Und meine sehr verehrten Damen und Herren, im Jahr 2006 hatten wir noch 14 % Arbeitslosigkeit. Da konnte man nicht auf High-Tech regulieren, da musste man schnell handeln. Und unter den Folgen dieses Handelns kommt auch heute diese untere Kaufkraft, weil es damals gelungen ist, den Bereich der Logistik - da komme ich drauf, aber auch den Bereich Dienstleistungen mit aufzubauen, um Ersatz zu schaffen für die weggefallenen Arbeitsplätze. Dem ist heute zum Glück nicht mehr so. Sie haben erwähnt, das Landesamt für Umwelt, Sie haben erwähnt die neue Justizvollzugsanstalt, sie haben erwähnt das Polizeiverwaltungsamt und Sie haben erwähnt die wachsenden Hochschulen mit über 5.000 Studenten und hunderten von hochqualifizierten Arbeitsplätzen, gut bezahlten Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst. Ich glaube, jetzt sind wir wirklich auf einem sehr, sehr guten Weg. Wir haben natürlich auch Entscheidungen gefasst für weitere Investitionen bei uns im Logistikbereich.

Denken Sie bitte 10 Jahre zurück, Kollege Siller. Wir haben vor 10 Jahren Diskussionen geführt, wie geht es mit unseren Schulen weiter? Leider hat eine Privatschule uns verlassen müssen. Das bedauern wir alle sehr, aber das war eben leider so. Wir haben vor 10 Jahren diskutiert, ob wir vielleicht mal eine Schule schließen oder eine Privatschule unterbringen müssen. Wir bauen heute 14 Schulräume und wir werden natürlich weiter beobachten, wie sich die schulische Situation entwickelt und daraus die Schlüsse ziehen und wir haben noch nie so viel in Schulen selbst investiert und noch nie so vielen freien Trägern, herzliches Dankeschön an dieser Stelle, Investitionszuschüsse gegeben für den Bau von Kindertagesstätten. Woher kommen denn die Kinder - weil Familien zu uns ziehen. Für eines bin ich dankbar und das hat mich jetzt wirklich überrascht, dass keiner von Ihnen das Thema Migration und Flüchtlinge angesprochen hat. Das gibt uns allen recht. Denken Sie an die Situation 2015/2016. Keiner wird mir unterstellen, dass ich hier kommunal mit dem Thema Flüchtlinge je Politik gemacht habe. Ich habe immer gesagt, wir haben eine Aufgabe und die haben wir zu bewältigen. Und ich habe mir heute Nachmittag, weil ich fest davon ausging, dass das Thema angesprochen wird, nochmal das Integrationskonzept angesehen. Das hat mit Anlagen nahezu 100 Seiten, wo kein Lebensbereich ausgenommen ist. Ich weiß, es ist nicht alles „Friede, Freude, Eierkuchen“. Aber die Tatsache, dass Sie die Herausforderungen der Migration und Integration heute nicht ansprechen, zeigt mir auch, dass wir bei dem Thema auf einem sehr guten Weg sind. Es sind junge Menschen, sowie jungen Familien und Studenten, die in die Stadt Hof kommen, eben nicht nur „Flüchtlinge“. Das sind gute, junge Familien, bei denen wir erstmals in vielen Jahren einen Trend verspüren der weggeht von der absoluten Überhitzung der Metropolen Stress, Hektik, Mietpreis, Lebenshaltungskosten und, und, und. Gleichsam haben junge Familien bei uns in der Region gute Arbeitsplatzmöglichkeiten wie seit vielen Jahren nicht mehr. Diese jungen Familien brauchen Wohnraum. Da sage ich zweierlei dazu. Ich gestehe ein, Kollege Siller hat es auch mal getan, dass wir bei der Aus-

weisung von Baugebieten lange Zeit etwas zurückhaltend waren. Woran lag das meine Damen und Herren? Erstens weil die finanziellen Rahmenbedingungen nicht gepasst haben - Sie haben es erwähnt, es wären freiwillige Leistungen gewesen und weil wir zweitens auch nicht den Zuzug hatten wie in den letzten Jahren bzw. der festen Überzeugung gewesen waren, ihn in den nächsten Jahren nicht zu haben. Da muss man Wahlangebote schaffen und braucht ein hochwertiges Baugebiet. Das Verfahren Rosenbühl läuft. Ich will dazu deshalb öffentlich nichts sagen. Ich bekomme fast täglich Briefe von Anwohnern. Ich sehe aber auch wie groß der Druck ist und wir haben verwaltungsintern auch mal vorbereitet, wann wir hier zügig weiter machen, dass weitere Baugebiet ausgewiesen werden können, dass junge Bauwillige auch ein Wahlfreiheit haben. Zur Ausweisung von Neubaugebieten gehört aber im gleichen Maße die Erneuerung im Bestand und da lassen Sie mich doch einige Sätze dazu sagen. Wir haben vor kurzem den Zwischenbericht der Gutachter zum Biedermeiertviertel gehört. Für mich ein städtebauliches Filetstück, wo wir auch Stadtratsanträgen folgen, Bürgerbüros einrichten, mit Bürgern verstärkt über ihr Umfeld reden, weil es grundsätzlich eine Umgestaltung ist. Das hat mir auch zu lange gedauert, aber da konnten wir nichts dafür. Ich sage mal, das ist Ausfluss der letzten Baukonjunktur, dass Architektur- und Ingenieurplanungsbüros weit überlastet sind. Da tut sich was.

Es tut sich auch was beim öffentlichen Bau. Ich habe die Schulen erwähnt. Und erst als wir gesagt haben, die Schulen und Kindergärten sind in Ordnung haben wir gesagt, wir können es nun angehen, gute Bedingungen für eigene Mitarbeiter zu schaffen. Unser neues Rathaus geht der Vollendung entgegen, unser Sozialgebäude am Bauhof, wurde am Rande erwähnt, geht nun auch der Vollendung entgegen. Wir haben eine wunderbare Ludwigstraße 7 der Volkshochschule Hofer Land. Wir sind in gutem Gespräch mit der Volkshochschule bei der Verhandlung zum Thema Ludwigstraße 1. Dass, was die öffentliche Hand für das Stadtbild tun kann, dass was Sie tun können, tun wir, glaube ich, in vorbildlicher Weise. Ich denke, man muss da schon realistisch bleiben. Wenn ein Privater, und es ist Privateigentum, ob das jetzt der Besitzer des Petit Paris ist - mehr will und kann ich hierzu nicht sagen, oder ob es ein anderer Eigentümer ist, der eben nicht will, da werden Sie ihn mit noch so viel gutem Zureden, mit noch so viel Management dazu auch nicht bringen können. Entscheidend ist immer der innere Antrieb. Das ist so in der Marktwirtschaft und das ist in dem Bereich auch gut so. Was bleibt unterm Strich hängen? Es ist auch gut so, dass viele auswärtige Investoren mittlerweile in Hof sind und häufig mehr Glauben an die Zukunft des Standortes haben als offensichtlich manche Einheimische.

Als letzter Punkt des Wandels, ich habe die Bevölkerungsstruktur angesprochen, dazu Wohnen, habe die Arbeitsplätze angesprochen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich weiß natürlich, es ist Wahlkampf und es ist politisch geprägt wenn jemand sagt, Abhängigkeit von der Regierung usw. Das ist unsere Rechtsaufsichtsbehörde aber meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben in einem Instrumentarium, wo der frühere Finanzminister einmal gesagt hat: Liebe Kommunen, was hättet ihr denn gern? - in einem Ausmaß Stabilisierungshilfen bekommen, die wir uns hätten nie erträumen lassen. Wir liegen in den letzten sieben Jahren, geschätzt, um die 40 Mio. Euro. Wir gelten als Vorzeigegemeinde für Stabilisierungshilfen, weil wir nicht das Geld verfrüht haben sondern weil wir sinnvoll und zielgerichtet Schulden getilgt haben und damit Freiraum für kommende Generationen geschaffen haben. Es ist auch gelungen, für alle großen Baustellen Höchstförderungen zu erhalten. Auch das ist nicht selbstverständlich und bedarf eines nachhaltigen Einsatzes.

Ein letzter Gedanke zum Wandel ist unsere Innenstadt. Ich werde zum Thema HofGalerie nichts sagen, da wir einen eigenen Tagesordnungspunkt haben. Natürlich sieht der Bürger eine veränderte Innenstadt. Nicht nur in Hof - in vielen Städten. Aber ich glaube auch, kann man jetzt sagen, dass haben Sie alles nach Klotz gemacht, hätte ich nichts gemacht, wäre ich uneinsichtig gewesen, wenn man was macht heißt es, nur weil der Klotz da war. Also Sie haben es alles mit beschlossen letztendlich, eine ganze Reihe von Maßnahmen, die letztendlich in die Zukunft wirken und die Veränderung in der Innenstadt wird noch eine Zeitlang dauern. Ich habe es im letzten Jahr schon erwähnt, ich glaube, im letzten Jahr kurz vor der Kaufhof-Schließung im Januar 2019, sind wir froh, dass sich hier nahtlos eine Baustelle anschließt. Und es wird gebaut. Ich möchte im Einzelnen nicht auf die Punkte eingehen, die letztendlich von Ihnen auch kritisch beäugt wurden. Es ist in der Sitzung Ihr gutes Recht, aber ich werde Sie nicht davon überzeugen können, weder für die Saalequerung noch für die Ortsumgehung Leimitz/Haidt.

Ich bedanke mich ganz herzlich für die Mitarbeit in den Ausschüssen, bei der Vorberatung. Frau Döhla, was Sie angesprochen haben ist richtig, bezüglich des Schreibens des Innenministeriums, das geht aber auf rechtliche Vorgaben zurück. Ich empfang die Vorberatungen als sehr konstruktiv, weil man auch in Zeiten der Vorwahlzeit nicht über Gebühr versucht hat, die Details zu befriedigen und die ganz große Mehrheit, die sich abzeichnet für den Haushalt 2020 ist, glaube ich, auch für die Zukunft für unsere schöne Stadt Hof ein gutes Signal. Herzlichen Dank.“

Beschluss:

Nach Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss beschließt der Stadtrat in getrennten Abstimmungen wie folgt über den Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat schließt sich mehrheitlich mit 34 Stimmen gegen 3 Stimmen (Stadträte Etzel, Dr. Schrader und Schoerner) der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes der Stadt Hof für das Haushaltsjahr 2020 an.

Der Stadtrat schließt sich mehrheitlich mit 34 Stimmen gegen 3 Stimmen der Stadträte Etzel, Dr. Schrader und Schoerner dem Finanzplan zum Haushaltsplan 2020 an.

Der beiliegende Finanzplan für die Jahr 2019 - 2023 sowie die Wirtschaftspläne für das Krematorium, den Bauhof und die Freiheitshalle bilden Bestandteile dieses Beschlusses.

* * *

mehrheitlich beschlossen
Ja 34 Nein 3

Anwesend:	
Vorsitzender:	Oberbürgermeister Dr. Fichtner
Bürgermeister:	Siller
Bürgermeister:	Strößner
Vortragender:	Stadtdirektor Pischel
33 Stadtratsmitglieder	

1209 5. Änderungsverordnung zur Verordnung über die Festsetzung von Parkgebühren in der Stadt Hof (Parkgebührenordnung) vom 29. Mai 2001

Vortrag:

Gemäß des Beschlusses des Haupt- und Finanzausschusses Nr. 754 über die „Stadtentwicklung – die Hofer Kernstadt im Wandel“ vom 09.12.2019 soll über die sogenannte „Brötchentaste“ ein kostenfreies Parken bis zu maximal 30 Minuten statt bisher 15 Minuten ermöglicht werden. Parkscheinautomaten mit der „Brötchentaste“ befinden sich bisher in der Ludwigstraße und in der Poststraße.

Die Änderungsverordnung soll zum 01.03.2020 in Kraft treten.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt den Erlass der 5. Änderungsverordnung zur Verordnung über die Festsetzung von Parkgebühren in der Stadt Hof (Parkgebührenordnung) vom 29. Mai 2001 gemäß dem anliegenden Entwurf, Stand: 07.01.2020. Der Entwurf ist Bestandteil dieses Beschlusses. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung die Schritte zur Umsetzung der Bewirtschaftung vorzunehmen.

Beschluss:

Die Mitglieder des Stadtrates schließen sich mehrheitlich mit 2 Gegenstimmen der Stadtratsmitglieder Etzel und Dr. Schrader dem Beschlussvorschlag an.

Der Entwurf der Parkgebührenordnung (Stand 07.01.20) bildet einen Bestandteil dieses Beschlusses.

*** * ***

mehrheitlich beschlossen
Ja 34 Nein 2

Anwesend:	
Vorsitzender:	Oberbürgermeister Dr. Fichtner zugleich Vortragender
Bürgermeister:	Siller
Bürgermeister:	Strößner
33 Stadtratsmitglieder	

1210 Beantwortung des SPD-Antrages vom 31.10.2019: Neuen Kurs für Hof Galerie einschlagen

Information:

Kurz vor Weihnachten gab es ein längeres Abstimmungsgespräch mit Herrn Birk, Activ Group, als Investor, und dem Architekturbüro MESA zum aktuellen Realisierungsstand. Das Ergebnis dieses Gespräches wurde am 12.12.2019 in der Stadtratssitzung den Stadträten und der Presse mitgeteilt.

Im Gespräch wurde der Stadt Hof mitgeteilt, dass die Verhandlungen mit den Ankermietern, die für die Realisierung der Hof Galerie notwendig sind, positiv voranschreiten und dass das neue Konzept am Markt Interesse findet.

Die Stadt Hof versteht den Unmut von Bürgern aufgrund der längeren Entwicklungszeit dieses Projektes.

Die Stadt Hof lehnt derzeit eine öffentliche Infoveranstaltung ab, da die Projektverantwortlichen sicher keinen Einblick in aktuelle Mietverhandlungen werden geben können.

Zurzeit kristallisiert sich die genaue Flächennutzung im neuen Konzept erst heraus. Wenn die Mietverträge der Ankermieter gesichert sind, wird, so der Investor, der Bauantrag gestellt bzw. die Stadt gebeten, das Bebauungsplanverfahren weiterzuführen.

Öffentlich eine Alternativplanung durch die Stadt auszurufen, würde bedeuten, den endgültigen Schnitt zu Mietinteressenten und Investor zu machen bzw. die Verbindung dazu zu beenden.

Hinzugefügt werden darf, dass das Kerngrundstück nach wie vor in privatem, nicht in öffentlichem Eigentum ist.

Aussprache:

Oberbürgermeister D r . F i c h t n e r verliest ergänzend folgendes persönliches Statement:

„Ich will ganz offen sein: Sie alle wissen, welch immenser Druck hier derzeit auf mir ganz persönlich lastet. Darüber klage ich nicht, dafür bin ich gewählt und dafür habe ich eine Führungsverantwortung. Natürlich könnte ich hier zu Recht sagen, das ist ein privates Bauprojekt und wir können nur abwarten. Das tue ich eben nicht und das wollen Sie explizit auch nicht. Ebenso könnte ich sagen, dass alle Entscheidungen zur HofGalerie immer einhellig und einstimmig im Gremium fielen. Auch das wäre richtig. Nachdem das Thema aber mindestens ein Dutzend andere, sehr positive Themen überlagert, Sie haben es gerade in den Haushaltsreden angesprochen, und manche denken, ich persönlich könne ein Gelingen persönlich entscheiden, kann und will ich mich nicht wegducken. Im Gegenteil. Ich tue alles, um dieses Thema schon in den nächsten Tagen - Wochen endgültig zu klären.

Wie Sie wissen, hatten wir eindringlich auf den Investor hingewirkt, er möge bis Ende des vergangenen Jahres, deswegen auch die Information im Dezember, Klarheit über die Realisierbarkeit des neuen Galerie-Konzeptes schaffen. Wie Sie ebenfalls wissen, hatte die ACTIV-Group in der Folge darauf verwiesen, dass man in nur 9 Monaten bereits sehr weit gekommen sei, dass man aber noch etwas Zeit brauche. Nachdem es nach wie vor zu einer hochfrequentierten Galerie, nach meiner Auffassung, keine Alternative gibt, haben wir dem Investor diese Verlängerung eingeräumt, zumal aus den Schilderungen, Sie erinnern sich als Herr Birk Ende April 2019 hier war, auch klar eine erfolgreiche Anpassung des Konzeptes an einen veränderten Markt erkennbar war. Und noch ein Gedanke: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe wiederholt betont - auch öffentlich, dass im Sommer letzten Jahres eine Kündigungsmög-

lichkeit bestanden hätte, die vertraglich geregelt war. Ich hätte Ihnen auch vorgeschlagen, dem zu folgen, wenn nicht ein neuer, er ist noch kein Investor, der investiert hat, er ist ein konkreter Interessent, sich Ihnen und der Öffentlichkeit Ende April vorgestellt hätte. Das will ich nur nochmal in Erinnerung bringen.

Um Ihre berechtigten Fragen und die berechtigten Fragen der Öffentlichkeit nach dem heutigen Sachstand zu beantworten: Nun sind wir in der Situation, in der wir vor exakt einem Jahr schon einmal waren – aber möglicherweise unter besseren Voraussetzungen. Letztlich entscheidend für das Gelingen des Projektes wird einmal mehr sein, ob ein Vollversorger als Ankermieter für die Galerie gefunden werden kann. Hierüber erwarten wir schon in Kürze Nachricht. Und in gleicher Eindeutigkeit sage ich auch: Sollte dies nicht der Fall sein, dann rechne ich nicht mehr mit einer Umsetzung, dann werden wir über weitere Lösungen diskutieren müssen. Ein weiteres Zuwarten auf dann wieder neue Konzepte wäre absolut nicht mehr zumutbar. Gehen Sie bitte davon aus, dass die Würfel in dieser Frage in den nächsten Tagen oder wenigen Wochen fallen werden.

Frau Stadträtin **B r u n s** hält dies für eine klare Erklärung des Oberbürgermeisters. Auch die Agenda 21 hätte sich mit der Problematik diskutiert, da der Verbau, der dort existiert langsam an sein Verfallsdatum kommen würde. Es müsse etwas geschehen. Gibt es zum Verbau schon eine Aussage? Was passiert, wenn in den nächsten Wochen wieder nichts geschehe.

Oberbürgermeister **D r. F i c h t n e r** antwortet, dass hierzu Herr Stadtdirektor Pischel ausführlich in der Bauausschusssitzung Auskunft erteilt hätte. Nach seiner Kenntnis sei ein Vertrag an einen Bauunternehmer ausgelöst und finanziell entsprechend unterlegt. Dies sei seine Information.

Frau Stadträtin **D ö h l a** befürwortet die Stellungnahme des Oberbürgermeisters, auch dass der Tagesordnungspunkt in den öffentlichen Teil der Sitzung verlegt worden sei. Aber man würde sich wundern, dass es ursprünglich nicht öffentlich behandelt werden sollte, obwohl es keine wirklich neuen Information gewesen wären. Die Transparenz müsse insgesamt möglich sein, damit auch die Öffentlichkeit informiert ist. In vielen Gesprächen würde man feststellen, dass die Bürgerinnen und Bürger bei diesem Thema nicht gut informiert sind. Sie appelliert, hier besser zu informieren, wie die Abläufe und vor allem auch die Zuständigkeiten liegen würden.

Frau Stadträtin **S c h o e r n e r** dankt für die schnelle und unbürokratische Umsetzung ihres Antrages. Ihr ginge es schlicht um die Kommunikation und sie würde sich freuen, wenn es so weiter gehen würde.

Die Mitglieder des Stadtrates nehmen von den Ausführungen zustimmend Kenntnis.

*** * ***

zur Kenntnis genommen

Anwesend:	
Vorsitzender:	Oberbürgermeister Dr. Fichtner
Bürgermeister:	Siller
Bürgermeister:	Strößner
33 Stadtratsmitglieder	

1211 NATO-Manöver 2020

Anfrage:

Herr Stadtrat **E t z e l** möchte wissen, ob die Stadt Hof von dem geplanten NATO-Manöver in diesem Jahr betroffen sein wird, besonders hinsichtlich von Verkehrsbeeinträchtigungen.

Oberbürgermeister **D r . F i c h t n e r** erwidert, dass man hierzu noch keine Informationen habe.

*** * ***

zur Kenntnis genommen

Anwesend:	
Vorsitzender:	Oberbürgermeister Dr. Fichtner
Bürgermeister:	Siller
Bürgermeister:	Strößner
33 Stadtratsmitglieder	

1212 Empfang des Präsidenten des Zentralrates der Juden

Anfrage:

Herr Stadtrat **E t z e l** bezieht sich auf den Besuch des Präsidenten des Zentralrates der Juden, Herrn Dr. Josef Schuster, am 05.02.2020 im Rathaus der Stadt Hof und möchte wissen, wer zum Empfang eingeladen worden sei.

Oberbürgermeister **D r . F i c h t n e r** antwortet, dass wie üblich die Bürgermeister zum Eintrag in das Goldene Buch anwesend sein werden und weiterhin Vertreter der Hermann-und-Bertl-Müller-Stiftung sowie der Volkshochschule Hofer Land e. V.

*** * ***

zur Kenntnis genommen

g.w.v.

Dr. Harald Fichtner
Oberbürgermeister

Jürgen Stader
Schriftführer